



Wir sind im Krieg mit Russland!

VON EMIL HOFER



Foto © Karsten Madsen auf Pixabay

Dies hat nicht ein verwirrter Bürger gesagt, den man dafür wahrscheinlich verurteilt hätte, sondern niemand weniger, als die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock. Es war kein Versprecher, oder missverständlich ausgedrückt, es war eine klare Aussage. Und es war eben nicht irgendwer, sondern der höchste Vertreter Deutschlands im Ausland. Im Artikel 26 des Grundgesetzes steht: Handlungen die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der

Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. Da wir uns im Frieden mit Russland wähen, aber Frau Baerbock den Krieg offensichtlich schon begonnen hat, führt in einem Rechtsstaat kein Weg daran vorbei, Frau Baerbock zu bestrafen. Natürlich blieb diese Aussage nicht ungehört, sie hat jedem friedliebenden Bürger zum Entsetzen gebracht, und Russland hat gezwungenermaßen darauf

reagiert und diese wahnsinnige Aussage als Beleg dafür genommen, dass sich die Nato und Deutschland im Krieg mit Russland befinden, was der Bundeskanzler jeden Tag bestreitet.

Dieser hat nun eigentlich keine andere Möglichkeit, als Frau Baerbock zu entlassen. Macht er dies nicht sofort, sondern wendet er wieder seine Taktik des Hinauszögerns an, so wird der Schaden noch größer. Es wäre auch der geeignete Befreiungsschlag für ihn, sich einer unfähigen, gefährlichen Person, auch wenn sie vom Völkerrecht kommt, zu entledigen. So könnte er den Führungsanspruch deutlich machen und Klarheit darüber schaffen, dass sein Umfeld ihn nicht vorführen kann, sondern Verantwortung tragen muss.

Auch ein Zurückrudern von Frau Baerbock, was mit Hilfe der linken Presse schon begonnen hat, ist keine Lösung, denn sie hat den Rest des Vertrauens, welches manche Bürger vielleicht noch hatten, verspielt.

So jemand ist in einem so hohen Amt nicht zu halten.

Lützerath Sinnbild für die Auflösung einer rationalen Gesellschaft

VON PETER BERGHOFF

Trotz Regen und Wind kamen viele Teilnehmer zur Demonstration gegen den weiteren Abbau von Braunkohle. Dieser soll sofort beendet werden.

Damit wähen sich die Demonstranten in der gesellschaftlichen Mehrheit und damit legitimiert.

Und das, obwohl ein älterer demokratisch erarbeiteter Kompromiss durch massive Gewalt im Hambacher Forst mit anschließender Legitimation durch die Gerichte gekippt wurde.

Die jetzige demokratisch erarbeitete Variante zum Abbau soll vielleicht durch ähnliches gestoppt werden.

Auch wenn die große Masse der Demonstranten friedlich ihre Positionen vertraten, wurde in diesem Sinne doch versucht, zum Mitwirken an illegalen Aktionen zu animieren, wie ich selber mitbekommen habe.

Aber wie soll eine Industrienation

langfristige strategische Entscheidungen fällen, wenn nicht über demokratische Prozesse, die dann auch bindend sind. Diese Frage drängt sich einem auf.

Dem überwiegenden Teil der Demonstranten ging es aber tatsächlich um das energiepolitische Thema und so trotzten sie in guter Stimmung der Witterung und taten ihre Meinung kund.

Wie ein junger Physikstudent mitteilte, sehen sie diese im Ausbau der regenerativen Energien. Die technischen Schwierigkeiten, wie das Betreiben von Ersatzkraftwerken bei Dunkelflauten, werden dabei nicht wirklich berücksichtigt.

Eine positive Überraschung stellte eine Gruppe der Humanisten dar, die Kernkraft als Brückentechnologie bis zur Kernfusion forderten. Kohle, so ihr Argument, ist eigentlich zu wertvoll, um sie zu verbrennen.

Allerdings war diese Position eher die Ausnahme.

Kritische Botschaften zur Kernkraft dominierten.

Der Focus des Bühnenprogramms, der vom BUND mitorganisierten Veranstaltung, hatte mit Energiepolitik allerdings wenig zu tun.

Man wähte sich auf einer bolschewistischen Revolutionsveranstaltung, wurde doch der Kapitalismus gegeißelt, Europa als imperialistische Ausbeuter verurteilt und die Weißen als rassistische Unterdrücker identifiziert.

Kein Wunder, dass es in diesem Umfeld zur Verletzung von mehr als 70 Polizisten und etlichen Randalierern kam.

Der Kampf für den Frieden, im wörtlichen Sinne schon ein Widerspruch, wurde hier falsch interpretiert.

Eine Nachfrage beim BUND ob des sozialistischen Bühnenprogramms und des fehlgeschlagenen Sicherheitskonzeptes blieb übrigens unbeantwortet.

Sie möchten die nächsten vier Ausgaben der Bergischen Freiheit für 20 € zugeschickt bekommen? Anfrage bitte an redaktion@bergische-freiheit.de

Werbung ist ebenso möglich! Wir senden Ihnen gerne unsere günstigen Konditionen zu. Bitte schicken Sie dazu ebenfalls eine Anfrage an redaktion@bergische-freiheit.de

„Grillen im Kopf“ – und bald auch im Magen?

VON CRISTINA EULER



Foto © Takeaway, CC BY-SA 3.0 creativecommons.org

Die alte Redensart, jemand habe „nichts als Grillen im Kopf“, ist heutzutage nicht mehr vielen Menschen geläufig.

Früher sprach man davon, wenn jemand seltsame Ideen hatte, auch „Flausen im Kopf“ genannt. Ganz als würden ihm die einst noch zahlreichen Hausgrillen oder Heimchen, die sogar in die Wohnungen kamen, im Kopf herumschwirren und ihn wirr machen.

Diese Zeiten sind lange vorüber, die wenigsten werden den Rückgang von Grillen in den Häusern bedauern. Aber Achtung, das könnte sich schon sehr bald ändern:

Grillen werden laut EU-Verordnung ab dem 24. Januar 2023 als Zutat zu Grundnahrungsmitteln und Snacks in Verkehr gebracht, allerdings in gemahlenem und teilentfettetem Zustand, nicht als vollständiges Insekt – aber ich muss gestehen, dass mir auch der Gedanke an Grillenmehl in meinen Brötchen ausgesprochen unsympathisch ist.

Ihnen vielleicht auch? Nachzulesen ist die neue EU-

Verordnung im Amtsblatt der EU unter diesem Link:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX%3A32023R0005> oder einfach unter der Dokumentennummer (EU) 2023/5, gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/2283, die die Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 zur Einführung neuartiger Lebensmittel abändert.

Wunderbar, denken Sie nun, ich wollte schon immer (Insekten-) Proteine in meinen Brötchen, Pizzateigen und Crackern haben? Herzlichen Glückwunsch, Sie brauchen sich auch in Zukunft über Ihre Ernährung keine Sorgen zu machen.

Ich vertrete allerdings die Ansicht, dass die Menschen, die Insekten (-produkte) essen möchten, dies gerne tun dürfen, aber ohne dass alle anderen Bürger dies quasi in Sippenhaft ebenfalls tun müssen. Einmal tief durchatmen bitte – und die grauen Zellen anstrengen: was sagt uns diese EU-Verordnung?

Fortsetzung auf Seite 2

02 | Politik

Das Ende der alten Sozialhilfegrundsätze hin zum weltweiten Schlaraffenland

VON MICHA LAUB

Wie haben sich die Menschen damals geschämt und gesträubt, die „gute alte Sozialhilfe“ zu beantragen, obwohl das Bundessozialhilfegesetz schon bei seiner Einführung im Jahre 1962 den gesetzlichen

Haftung. Aber dieses Prozedere wollte man eigentlich aus Scham den Kindern gegenüber nicht. Oftmals brauchten hilfebedürftige Elternteile erst gar keine staatliche Hilfe, weil Angehörige selbst die Not der Betroffenen

in gerader Linie (§ 1601) ist durch die Sozialgesetzgebung ausgehöhlt worden.

Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung prüft die Behörde, gesetzlich festgelegt, Unterhaltspflichtige erst bei einem Einkommen ab 100.000,00 Euro. Bei der Grundsicherung für Erwerbstätige (Hartz IV) ist die Unterhaltspflicht schon dadurch ausgehebelt, dass kein deutscher Amtsrichter einen dem Grunde nach Unterhaltspflichtigen zu Unterhaltsleistungen verpflichtet, wenn der Unterhaltsberechtigte sich mit Eigenmitteln selbst helfen kann.

Stichwort Vermögensfreibetrag von 60.000,00 Euro, oder wenn der Unterhaltsberechtigte sich eigentlich durch Erwerbstätigkeit selbst helfen - , jedoch angebotene Arbeit ohne Sanktionen ablehnen kann.

Hieran erkennt man deutlich die Absurdität der Regelungen des heutigen Wohlfahrtsstaates. Der Selbsthilfe oder der familiären Hilfe bedarf es nicht mehr, denn der Sozialstaat fordert dies durch seine, einem bedingungslosen Grundeinkommen nahekommenden Leistungen, nicht mehr. Allerdings auf Kosten der arbeitenden und steuerzahlenden Bevölkerung.

Wollen wir das?

Diese grundsätzliche Frage müssen wir und stellen. Soll der Staat zu einem Selbstbedienungsladen werden mit der weiteren Frage, wer soll das dauerhaft bezahlen?

Vielleicht ist diese Frage aber auch zu kleinlich vor dem Hintergrund der hunderte von Milliarden Euro umfassenden schweren Hilfspakete für Rüstung, Krieg, Kriegsfolgen sowie zur Abfederung der selbst verursachten Energiepreisexpllosion. Aber nicht genug damit, der

deutsche Staat, mit seinem überbordenden Leistungsversprechen an alle, ist ein unwiderstehlicher Magnet für alle, die sich ein „besseres Leben“ wünschen.

Die allgemeine Frage nach dem Migrationsgrund wird regelmäßig beantwortet mit: „I want a better life“.

So haben beispielsweise alle Unionsbürger (Bürger der Mitgliedsstaaten der EU) in Deutschland die gleichen sozialen Rechte, wie Inländer. Dies garantiert das Freizügigkeitsgesetz EU.

Deutschland hat die in den europäischen Gremien erlassenen Regelungen hinsichtlich der Freizügigkeit für Unionsbürger in deutsches Recht übernommen.

Das bedeutet im Klartext, dass jeder Unionsbürger, der Freizügigkeit nach dem Freizügigkeitsgesetz genießt, mit dem Grenzübertritt nach Deutschland den vollen Grundsicherungsanspruch hat, wie jeder Inländer, der bei Bedürftigkeit unterstützt werden muss. Der große Unterschied besteht allerdings darin, dass unsere hilfsbedürftig gewordenen Menschen jahrelang in die Sozialsysteme eingezahlt haben, in Form von Sozialabgaben und Steuern.

Gleiches gilt für jene Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Nachteilig ist hierbei, dass die Leistungsgewährung keine Vermögensfreibeträge vorsieht. Die Bewilligung von Leistungen erfolgt erst nach Aufzehrung des vorhandenen Vermögens.

Diese Unterstützung wird übrigens auch nach einem negativen Asylverfahren weiter gezahlt, soweit die Person eine

Duldungsverfügung bekommt. Den Nachranggrundsatz „Vermögenseinsatz“ nach dem AsylLG für Kriegsflüchtlinge hat die Ampelregierung ausschließlich für ukrainische Kriegsflüchtlinge insoweit ausgesetzt, als Ukrainer einen sofortigen Anspruch auf Hartz IV bzw. Bürgergeld haben, jedoch ohne Vermögensprüfung.

Die Vermögensprüfung hat die Regierung nämlich im Rahmen der Coronamaßnahmen aktuell ausgesetzt, um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Hartz IV Leistungen zu ermöglichen.

Warum Ukrainer gegenüber allen anderen Asylsuchenden diesen privilegierten Status genießen, hat die Ampelregierung nicht erklärt.

Zu bedenken ist, dass Ukrainer keine Unionsbürger sind, welche Freizügigkeitsrechte nach dem Freizügigkeitsgesetz genießen.

Sie sind Kriegsflüchtlinge, die individuell ihre Fluchtgründe, wie jeder andere Asylantragssteller im Asylverfahren nachweisen müssen.

Diese Regelung war noch bis zum 31. Mai 2022 gültiges Recht, wurde aber ab Juni 2022 aufgehoben.

Bei dem ab dem 01.01. 2023 einzuführenden Bürgergeld soll dann die Vermögensprüfung während der sog. „Wohlfühlphase“ ganz wegfallen und danach großzügige Freibeträge eingeräumt werden.

Es wird dabei übersehen, dass die Würde des Menschen unabdingbar mit Arbeit und Selbstverantwortung verbunden ist.

Die leistungslose Gewährung von Sozialhilfe verstößt somit gegen die Menschenwürde.



Foto © von succo auf Pixabay

Leistungsanspruchsgarantierte. Es lag im Denken der Menschen, ohne dies ausdrücklich zu erwähnen, Selbsthilfe vor Fremdhilfe zu stellen. Der Anspruch auf Hilfeleistung durch den Staat, also durch uns alle, war ein Notprogramm für jene, die unfähig waren, sich selbst zu helfen. Dies war geknüpft an strenge Anspruchsvoraussetzungen, war finanziell knapp bemessen, mit strenger Arbeitspflicht verbunden und fand dennoch allgemein Akzeptanz in der Bevölkerung. Es galt das Subsidiaritätsprinzip: Selbsthilfe (meist auf familiärer Basis) vor Fremdhilfe.

Leistungsbezieher waren beispielsweise Witwen, die mit der geringen Witwenrente nicht auskommen oder alleinstehende Mütter. Und selbst diese Menschen sahen den Sozialhilfeantrag als allerletzten Ausweg aus der Notlage. Der Staat wiederum nahm die Kinder bzw. die Unterhaltspflichtigen in

erkannten und innerfamiliär halfen. Im Falle einer staatlichen Hilfeleistung wurde der gezahlte Unterhalt ohnehin von Unterhaltsverpflichteten zurückgefordert. Dieses Strukturprinzip hatte den Namen „Wiederherstellung des Nachranges der Sozialhilfe“.

Wer kennt heute nicht den gängigen Spruch: „Ich darf ja gar nicht arbeiten, denn dann wird mir ja die Hilfe gekürzt“.

Die staatliche Unterstützung ist, genau betrachtet, aber nicht so gering, wie von den Leistungsempfängern vielfach behauptet. Mit der Leistungsgewährung ist eine Grundversorgung gewährleistet. Die heutige Leistung ist nicht mehr nur eine absolute Nothilfe, sondern sie ist, gesetzlich normiert das „soziokulturelle Existenzminimum“. Welch ein Paradigmenwechsel! Die im Bürgerlichen Gesetzbuch festgeschriebene Unterhaltspflicht der Verwandten

Fortsetzung: Grillen im Kopf ...

1. Fernab der deutschen, so hoch gelobten Demokratie, haben Politiker, die nicht von den deutschen Bürgern gewählt wurden, eine Verordnung mit weitreichenden Folgen für alle Menschen erlassen (Frau von der Leyen hat unterzeichnet!). Wir wurden nicht gefragt, ob diese Beimengung gewünscht wird.

2. Wie aus dem Text der EU-Verordnung hervorgeht, sind die Erkenntnisse über den Konsum von Grillenmehl reichlich dürftig (Absatz 8). Weder in Bezug auf massive allergische Reaktionen (anaphylaktischer Schock) noch auf eine Sensibilisierung gegen

die Insektenproteine kann eine eindeutige Aussage getroffen werden, man vermutet und hofft also, dass die Lebensmittel-sicherheit gewährleistet ist. Und das, obwohl bereits in Absatz 10 vermerkt ist, dass das Pulver aus besagter Hausgrille (*Acheta domestica*) allergische Reaktionen bei Personen auslösen kann, die gegen Krebstiere, Weichtiere und Hausstaubmilben allergisch sind. Oha!

Allergien gegen Hausstaubmilben sind in Deutschland weit verbreitet, etwa 1/10 der Bürger ist davon

betroffen. Wenn auch nur ein Viertel dieser Menschen allergisch, teilweise mit schweren Reaktionen, auf das Grillenpulver reagiert, wird das Gesundheitswesen erneut überlastet und viele Menschen könnten sogar daran versterben – Ursache unbekannt für die Allgemeinheit. Denn ab welcher noch so geringen Menge des Pulvers ein Organismus allergisch reagiert, kann nicht vorhergesagt werden.

3. Das wirklich Ungeheuerliche an der Verordnung ist nicht, dass sie erlassen wurde, sondern dass die Bürger bisher nicht durch Politik

oder allgemeine Medien darüber informiert wurden! Niemand kann sich vor Risiken schützen, die er nicht kennt, nicht ahnt, nicht erwartet. Und wieder haben die Verantwortlichen ihren Amtseid gebrochen, in dem sie geschworen haben, das Wohl des Volkes zu schützen und zu mehren, nicht aber ihm zu schaden!

Und das ist erst der Anfang, auf leisen Sohlen werden Insekten in die Ernährung eingeschleust, besonders in die Grundnahrungsmittel, auf die jeder Mensch angewiesen ist. Auch der „Getreideschimmelkäfer“ wurde

klaumheimlich als „neuartiges Lebensmittel“ zugelassen... Na, dann guten Appetit.

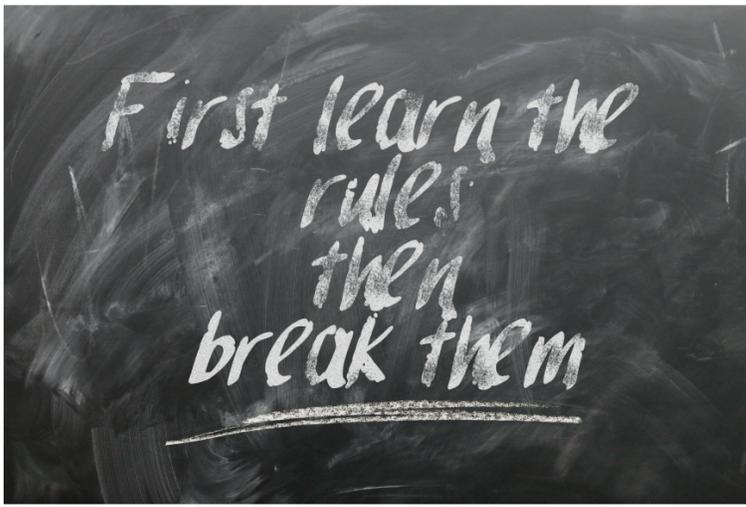
Unter diesem Link können Sie Einzelheiten nachlesen:

<https://www.lebensmittelverband.de/de/aktuell/20230111-essen-wir-bald-getreideschimmelkaefer>

Also Augen auf beim Einkaufen, Lupe mitnehmen für das Kleingedruckte auf den Verpackungen oder besser gleich zum Händler / Bio-Bauern / Gutshof / Kräuterstube / Klein-bäckerei Ihres Vertrauens gehen...

Erodierte Moral

VON PETER BERGHOFF



© Foto von Gerd Altmann auf Pixabay

Spricht man über Moral, kommt einem die wegwerfende Handbewegung aus den 80er Jahren in den Sinn, mit der das als verstaubt und unnötig abgetan wurde. Heutzutage ist der moralische Zeigefinger häufiger denn je erhoben, oft von jenen, die diesen damals kritisierten.

Beschäftigt man sich mit dem Thema Gerechtigkeit und Moral, kommt man schnell an den Punkt, an dem man zwischen individuellen Einstellungen (Gerechtigkeitseinstellung) und übergeordneten allgemeinen Regeln zum Wohl der Gesellschaft (Gerechtigkeitsurteil) unterscheidet.

Der normative Ansatz sucht also nach allgemeingültigen Regeln, nach denen die Gesellschaft zusammenleben soll. Das meist nach der Maxime des größtmöglichen Maßes an Gerechtigkeit. Solches Handeln wird dann auch als moralisch betrachtet.

Allgemeingültig heißt, unabhängig vom behandelten Individuum oder der aktuellen Situation. Solche Grundsätze sollten Basis für politisches Handeln sein.

Schaut man sich an, wie allgemeingültig die Regeln des Zusammenlebens durch die derzeit Regierenden ausgelegt werden, so sind grundlegende Handlungsrichtlinien nur schwer zu erkennen. Prominente Beispiele sind die Einschränkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Diese sind zum gesundheitlichen Schutz der Bürger erlassen worden. Gleichzeitig wurden Hinweise auf schädigende Einflüsse dieser Maßnahmen ignoriert, was wiederum zur gesundheitlichen Schädigung der Bürger führte. Mehr noch.

Wird der Diskriminierung unter anderem mit entsprechenden Planstellen auf der einen Seite der Kampf angesagt, so wurden auf der anderen Seite die oben genannten kritischen Hinweise zu den Corona-Maßnahmen durch Diskriminierung unterdrückt. Innerhalb der gleichen Thematik werden also widersprüchliche Bewertungsmaßstäbe angesetzt.

Das Beispiel lässt sich leider auf verschiedenste Themen ausdehnen. Wird die militärische Eroberung ethnischer Gebiete im Kosovo durch die EU oder in Syrien durch die Türkei moralisch als unabdingbar betrachtet, sind diese in anderen Situationen und durch andere Akteure zu missbilligen. Ähnliches gilt für die Gewalt gegen Sachgegenstände und Personen, die je nach politischem Hintergrund als Schutz oder als Gefährdung der Demokratie gewertet wird. Das ist nicht erst bei den sich heutzutage festklebenden Pubertierenden der Fall, sondern kippte sogar bei den Baumhaus bewohnenden Braukohlekritikern des Hambacher Forstes eine demokratisch erwirkte Handlungsstrategie. Die Institutionen folgen also derzeit den widersprüchlichen Bewertungsvorgaben.

Die Liste lässt sich fortsetzen. Der normative rote Faden dabei ist, dass es keinen solchen gibt. Derzeitig politisch Verantwortliche gründen faktisch ihre Handlungen nicht auf normative Regeln und handeln damit auch nicht moralisch, auch wenn sie dies verbal nur allzu oft verlautbaren lassen. Wie kommt es, dass sich die derzeit politisch und gesellschaftlich Handelnden verbal so häufig auf Moral

beziehen, sie diese tatsächlich aber nicht berücksichtigen?

Vielleicht hängt es mit einem strukturellen Problem der Moral zusammen. Denn auch, wenn deren normative Grundlage eine Allgemeingültigkeit fordert, gilt diese doch nur innerhalb einer Gesellschaft. Regeln und Gesetze des Zusammenlebens werden hier verhandelt. Jede Gesellschaft kommt daher durch ihren historischen Ursprung und die aktuellen Rahmenbedingungen zu anderen Lösungen. Das ist gut, führt es doch zu der kulturellen Vielfalt, die wir auf unserem Planeten wiederfinden. Das ist aber ebenfalls schlecht, führt es doch zur innerlichen Ablehnung der Handlungsnormen anderer Gesellschaften. Es bedarf eines inneren gefestigt Seins, diese unterschiedlichen Wertesysteme zu akzeptieren. Die aktuellen Entscheidungsträger sehen ihre Normen aber scheinbar als global gültig. Afrikaner, Asiaten und vor allem Europäer, sie alle haben sich nach ihren Vorgaben zu richten. Wohl gemerkt jenen Vorgaben, die eigentlich keine Normen sind, weil sie sich nicht nach grundsätzlichen Handlungsvorgaben richten. Das führt dann dazu, dass der deutsche Kapitän der Fussballnationalmannschaft bei Länderspielen den Gegnern anderer Kulturen seine sexuellen Moralvorstellungen aufzwingen will. Die Deutschen, oder besser jene, die sich diese Einstellung zu eigen machen, handeln also nicht nur unmoralisch, sondern auch hochgradig gesellschaftlich schädigend, denn durch die Herabwürdigung anderer Kulturen schaden sie den zwischenstaatlichen Beziehungen und damit dem friedlichen Miteinander.

Ein zweiter Erklärungsansatz liegt in einer sozialistischen Maxime der Frankfurter Schule „Das Bewusstsein bestimmt das Sein“. Mit dem Gang durch die Instanzen schufen Sozialisten eine Meinungshoheit in Presse und Institutionen. Durch Lenkung des Diskurses möchten sie das Bewusstsein der Menschen beeinflussen und damit deren Handlungen in bestimmte Richtungen lenken. Gewalt gegen Andersdenkende ist im sozialistischen Gesellschaftsansatz ein legitimes Mittel. Insofern erklärt diese These die derzeitige Strategie der Ausgrenzung Andersdenkender recht gut. Mit Moral hat das aber wiederum nichts zu tun.

Die Gelbe Gefahr

VON EMIL HOFER



Shanghai - © Foto von Leslin Liu auf Pixabay

In einem gemeinsamen Auftritt des Chefs des Britischen Geheimdienstes MI5, Ken McCallum, mit dem Direktor des amerikanischen FBI, Christopher Wray, wird vor China gewarnt.

Höchst problematisch, so der MI5-Chef, sei die Nutzung von Internetangeboten zum Aufbau von Geschäftsbeziehungen und privaten Netzwerken.

eingenommen.

Von weiteren imperialistischen Kriegen Chinas findet man nichts in den Geschichtsbüchern, außer dass China von Großbritannien in den Opiumkriegen gezwungen wurde, das aus dem britischen Afghanistan gewinnbringend exportierte Opium zum Konsum freizugeben, und die Japaner einen grausamen Feldzug gegen



© Foto von GuangWu YANG auf Pixabay

China missbrauche die dadurch zu Stande gekommenen Kontakte, um Personen mit sensiblen Wissen Gefälligkeiten zu erweisen, um dann dafür Gegenleistungen einzufordern.

So etwas Verwerfliches würden MI5 und das FBI natürlich niemals machen (Anm. d. Red.).

Schon 1965 warnte der österreichische Journalist Hugo Portisch in seinem Buch „So sah ich China“ vor der „Gelben Gefahr“.

Zweifellos ist die chinesische Führung kein Waisenknabe, es werden die Uiguren und das eigene Volk unterdrückt und Tibet wurde militärisch

das Reich der Mitte führten, der von Mao Tse Tung siegreich zurückgeschlagen wurde.

Die hier vor China warnenden USA haben seit dem 2. Weltkrieg 30 sogenannte „Militärische Operationen“ (so nennt auch Putin den Krieg gegen die Ukraine – Anm. d. Red.) in fremden Ländern durchgeführt.

Kein Staat der Welt hat während des Kalten Krieges öfter „heiße“ Kriege geführt als Großbritannien. 18 Waffengänge zählt ein entsprechender Statistikband für die Jahre 1945 bis 1992.

Danach wurde noch in Libyen, im Kosovo und in Syrien Krieg geführt.

Was die deutsche Jugend aktuell bewegt

VON GEORG KLEIN

In einer Trendstudie „Jugend in Deutschland – Winter 2022/23“ bietet Simon Schnetzer Einblick in die Psyche der Jugendlichen im Spannungsfeld Klima-Krieg-Corona-Inflation.

In der jüngeren Generation macht sich die Sorge breit, dass die unbeschwerten Wohlstandsjahre wohl vorbei sind und neue, ungewohnte Anforderungen an die Menschen gestellt werden könnten. Während ein Teil dieser

Generation, vor allem jene, die bestens alimentiert sind, sich auf Straßen festkleben, Autoreifen zerstechen und fürs Klima hüpfen, dringt in die Köpfe der weniger versorgten der Zweifel ein, ob ein Leben ohne Leistung auf Dauer möglich sein kann. Der technische Fortschritt und die Rationalisierung der Arbeit und die preiswerte russische Energie haben viele Jahre zu dem Eindruck verführt, dass wir im Schlaraffenland leben und die

Heinzelmännchen unsere Arbeit erledigen. Während bis vor Kurzem die Angst vor dem Klimawandel an erster Stelle stand, sind es jetzt reale Bedrohungen durch Krieg und Armut. Wenn die Inflation dazu führt, dass Nahrungsmittel, Strom und Miete den Großteil des Budgets auffressen, dann ist der Klimawandel nicht mehr so wichtig.

Auf die Frage: „Welche wirtschaftlich-gesellschaftlichen

Themen bereiten Dir Sorge“ antworten. 71 % Inflation, 68 % Krieg in Europa, 55 % Klimawandel, 54 % Wirtschaftskrise, 49 % Energieknappheit. Schulden sind bei Jugendlichen offenbar kein Problem, Zahlungsziele von drei Wochen bei PayPal werden genutzt, aber nicht als Schulden betrachtet. Obwohl sich in den veränderten Bewertungen der Bedrohungen

ein steigender Realitätsbezug äußert, liegt den jungen Leuten sehr viel an der „Work-Live-Balance“. Auffallend ist laut den Autoren, dass ein geruhames Leben erst im Alter nicht erstrebenswert gilt. „Sie wollen ihre besten Jahre nicht verschenken“, sagen die Autoren. Nun, wer will das schon?

<https://simon-schnetzer.com/jugend-in-deutschland-trendstudie-winter-2022-2023/>

Erweiterung des Kanzleramtes völlig aus der Zeit gefallen

VON ERICH SIEBERT



Außenfront des Erweiterungsbaus an der angrenzenden öffentlichen Parkanlage.
Foto © Schultes Frank Architekten

Auf der Seite <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/groesserer-regierungssitz-1799034> möchte die Bundesregierung erklären, warum es unbedingt nötig ist, das Bundeskanzleramt um sage und schreibe 400 Büros zu erweitern. Ein wenig Luxus darf es auch noch sein, ein Kindergarten und ein Hub-schrauberlandeplatz kommen auch noch dazu.

Der bestehende Bau kostete 2001 262,5 Mio €. Dies sollen bei heutigem Preisstand 542,9 Mio € sein! Das bedeutet, die Bundesregierung rechnet von 2001 bis 2022 mit einer jährlichen Preissteigerung von 3,7%.

Der Hartz IV-Satz steigt von 2021 446 € auf 449 € 2022, das sind 0,67%. Bei der von der Regierung veranschlagten Preissteigerung müsste der Hartz IV-Satz (2005 345 €) 2022 aber bei 639 € liegen.

Die Hartz IV-Empfänger wurden also in den letzten 19 Jahren um 42 % schlechter gestellt. Der jetzt in Rede stehende Anbau an die 542,9 Mio €-Villa soll nun 777 Mio € kosten.

Die Begründung für die Erweiterung ist, dass Büros vom Kapelle-Ufer (7 Gehminuten entfernt) und vom Bundespresseamt (12 Gehminuten entfernt) und von der etwas weiter entfernten Rungestrasse verlagert werden sollen.

Die angeblich notwendige Personalaufblähung nennt man nun „Personalaufwuchs“, der wegen Pandemie, Energiepolitik, Finanzkrise, Ukrainekrieg, Bekämpfung von Cyberkriminalität und Digitalisierung nötig ist.

Wir richten uns also für ewige Pandemien, Finanzkrisen und Kriege komfortabel ein. Wie ist

das mit dem Homeoffice bei Pandemien?? Der Preis pro m2 ist von 2001 bis heute nicht um 3,7 % gestiegen, sondern um 4,8 % jährlich! Demgemäß müsste der Hartz IV-Satz heute nicht bei 449 €, sondern bei 765 € liegen, 70 % höher.

Wir sind in einer Zeit, in der die Politiker von den Bürgern große Opfer verlangen, neben kaltem Duschen und Benutzung eines Waschlappens muss auf gesunde Raumtemperatur verzichtet werden. Mehr als 80 Prozent der Deutschen lehnen den geplanten Klotz nach einer Civey-Umfrage ab.

Auch der Bund der Steuerzahler protestiert heftig gegen die Millionen-Ausgabe. Inzwischen gibt es eine Online-Petition, um die Errichtung noch zu verhindern. Gebaut wird trotzdem, der Spatenstich erfolgte im November.

Quo vadis CDU?

VON DORIS HEINE

Was ist aus der CDU geworden? Selbst Merz ist nun auf Merkel-Linie. Merz, die große Hoffnung der konservativen CDU-Mitglieder! Die Abschaltung der rest-

belgischen und französischen AKW an der Grenze importiert. Darüber hinaus hat man sich sehenden Auges in eine Abhängigkeit von Putin begeben und



Foto © Arek Socha auf Pixabay

lichen AKWs wird von ihm befürwortet. Erst im September landete wieder ein öffentlicher Brandbrief beim CDU-Vorstand. Der wievielte eigentlich? Sechs CDUler begründeten darin ihren Parteiaustritt mit deren Linksruck, mit dem sie sich nicht mehr identifizieren können.

1. Der Mittelstand wurde weiter belastet. Die Steuer- und Abgabenquote ist die zweithöchste weltweit. Die Bürokratisierung des Landes nimmt stetig zu.
2. Die CDU-Politik unterstützt weitere Kompetenzverlagerungen nach Brüssel.
3. Unter Führung der CDU wurde eine von Anfang an zum Scheitern verurteilte Energiepolitik betrieben, bei der die sichersten Atomkraftwerke der Welt gleichzeitig mit den saubersten Kohlekraftwerken Europas abgeschaltet werden. Stattdessen wird schmutziger, ungefilterter erzeugter Kohlestrom aus Osteuropa und Atomstrom aus maroden

setzte den deutschen Wohlstand aufs Spiel, um mit dem Atomausstieg kurzfristige innenpolitische Erfolge zu erzielen.

4. Verfehlte Migrationspolitik
5. Verfehlte Corona-Maßnahmen – Ausschluss der Ungeimpften
6. Eine autofahrerfeindliche Politik, mitgetragen vom Verbot der hocheffizienten Verbrennungsmotoren
7. Senkung der Bildungsstandards und schwindende Beachtung der Familienförderung
8. Eine massive Verengung des Diskursraumes, teils auch durch die Ideologisierung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks und die Scheu der CDU, die freie Rede zu unterstützen sowie sich an die Seite derer zu stellen, die von „woken“ Gruppierungen zu Unrecht diffamiert und ausgegrenzt werden.

Quelle: <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/701534/Christdemokraten-rechnen-in-Brandbrief-mit-der-Merkel-CDU-ab>

Warum es unmoralisch ist, links zu sein

VON EMIL HOFER

Links und rechts gibt es seit der Französischen Revolution, als die alte Ordnung verschwand und die ersten Linken ein Blutbad anrichteten. Vorbei war es mit einer Jahrtausende alten Ordnung, in der es eine Moral gab, die nicht von Menschen gemacht war, sondern von einem höheren Wesen ausging. Es gab auch immer wieder Streit um die „Moral“, sie wurde verschieden interpretiert, aber es gab sie. Und kein König und kein Kaiser konnte an ihr vorbei, gestützt auf frühe Philosophen wie Konfuzius, die griechischen Philosophen, Luther und bis Immanuel Kant ist es ein festes Fundament, auf dem die Gesellschaft in Freiheit leben kann.

Das Ziel der Linken war es niemals, eine Ordnung zu schaffen, in der die Menschen möglichst frei leben können. Es ist die Obsession, im Besitz der Wahrheit zu sein, und diese allen Menschen gewaltsam überstülpen zu können, und sie dadurch zu beherrschen. Da es aber immer Freiheitskräfte gibt,

die dem entgegenstehen, werden sie schnell zu Diktatoren wie Napoleon, Hitler, Stalin oder Mao Tse Tung.

Die „Moral“ der Linken ist eine beliebige. Je nach Lage der Dinge ist Frieden das zentrale moralische Ziel, um im nächsten Moment den Krieg als einzig richtige Maßnahme zu verkaufen. Obama hat 17 Kriege begonnen, um dann den Friedensnobelpreis zu bekommen. Der gerechte Krieg als politisches Mittel, um die Linken an der Macht zu halten. Wehrdienstverweigerung als moralische Pflicht, um dann scheinheilig Milliarden in die Bundeswehr zu investieren. In Deutschland war jedes Opfer des Volkes moralisch notwendig, um CO2 einzusparen, um sich selbst dann den Dispens zu geben und Kohle und Erdgas einzukaufen.

Dem Bürger werden Elektroautos schmackhaft gemacht, indem man ihm tausende Euro als Bestechungsgeld anbietet. Wenn er dann doch nicht will, dann wird erst das Bestechungsgeld erhöht,

und dann die Alternative verboten.

Wir sind nun in eine Phase geraten, wo diese Widersprüche immer sichtbarer und abstruser und auch immer häufiger werden. Die linken Medien bemühen sich täglich dies zu verdecken. Andersdenkende werden aus den Nachrichten und dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen, als Schwurbler, Leugner, Querdenker gebrandmarkt und der Lächerlichkeit preisgegeben. Wo wird das enden? Werden die Linken die Daumenschrauben immer fester anziehen, um das Volk in den Schranken zu halten? Wird es endlich den Ruck geben, der durch die Gesellschaft gehen soll, um sich wieder auf wirkliche Werte zu besinnen und den Regierenden die Schranken zu weisen?

Werden die Menschen ihre Freiheit verteidigen? Auch wenn sich viele von der Kirche angewidert abwenden, am Ende bleibt uns nur die christliche Moral als Anker für unsere Gesellschaftsordnung.

Außenpolitik ist Weltinnenpolitik?

VON ENZO RAUCH

Im Überschwang über den unverständlichen Aufstieg der neuen und noch grünen Außenministerin Baerbock sagte sie etwas, das es zu durchleuchten gilt:

„Außenpolitik ist Weltinnenpolitik“. Dass es nicht nur ein im Überschwang geäußertes Unsinn war, belegt die Tatsache, dass sie dies auch noch mehrfach wiederholt hat, und dafür sogar vom russischen Präsidenten milde belächelt wurde. Der Innenminister macht die Gesetze, die im Inneren gelten, und ist die oberste Polizeibehörde und Chef des unseligen Innengeheimdienstes. Meint Frau Baerbock das? Fühlt sie sich als Weltpolizeichefin und oberste Weltgeheimdienstlerin? Will sie die Gesetze für die anderen Staaten der Welt schreiben? Die Innenpolitik unterscheidet sich von der Außenpolitik dadurch, dass der Innenminister die Ordnungsmacht ist, während in der Außenpolitik die Diplomatie gilt, die bekanntlich

die Kunst und Praxis des Verhandeln zwischen bevollmächtigten Repräsentanten verschiedener Gruppen ist. Der Außenminister hat also im Prinzip gar keine Macht. Das ist es wohl, was die grüne und unerfahrene Außenministerin stört. Es wäre doch viel praktischer und effizienter, wenn Baerbock, mit globaler Macht ausgestattet, den Herren Putin, Xi Jinping, Modi und anderen Übeltätern einfach Befehle erteilen könnte. Dann gäbe es keine Kriege (außer jenen der Amerikaner) und die Welt könnte prosperieren.

Eine demokratische Legitimierung ist weder nötig noch erwünscht. Nun könnte man sagen, was solls, Frau Baerbock wird schon ihre Grenzen erfahren. Keiner wird sich um ihr Gelaber kümmern. Aber diese Äußerungen einer Außenministerin lassen eben tief in die totalitäre stalinistische Grundhaltung dieser Person und ihrer Partei blicken.

Das Völkerrecht ist kein Recht der Völker

VON EMIL HOFER



Bild von Gerd Altmann auf Pixabay

Die UN-Charta schreibt die Prinzipien internationaler Beziehungen fest, von der souveränen Gleichstellung aller Staaten bis zum Verbot der Gewaltanwendung in internationalen Beziehungen. Außer im Titel kommt das Wort „Volk“ kein einziges Mal im Text vor. Ganz offensichtlich wollten die Gründer und Mitunterzeichner unter keinen Umständen die Völker schützen, sondern die Staatsgrenzen zementieren. Da es schon damals so war, dass in vielen Staaten verschiedene Völker lebten, die gar nicht in diesem Staat zusammenleben wollten, ist das „Völkerrecht“ eher ein Recht der Staaten, die Völker zu unterdrücken. Seit der Gründung am 26. Juni 1945 wurde damit in einer Fülle von Fällen verhindert,

dass Völker in Ihren Grenzen einen eigenen Staat gründen könnten. Zugegeben, es ist oft schwierig, derartige Grenzen festzulegen, weil es immer vor allem in den Grenzgebieten zu Vermischungen kommt. Aber wie kann es sein, dass die Kurden, die ein relativ klar abgegrenztes Gebiet im Nahen Osten bewohnen, über Jahrzehnte von allen Seiten bekämpft, von manchen Großmächten bewaffnet und wieder sich selbst überlassen werden? Es gibt zahllose Beispiele – Tibet, Indien, Kosovo, Israel, Pakistan, Syrien, Zypern, Aserbaidschan, Armenien, Sudan, Südtirol, Katalonien – wo Bevölkerungen in fremden Staaten leben. Allein in Europa gab es in den letzten fünfzig Jahren über dreißig derartige Konflikte. Umgekehrt

gibt es nur wenige Beispiele, wo Völker erfolgreich ihre staatliche Selbstständigkeit erringen konnten, wie bei der Trennung der Tschechoslowakei und der Gründung von Makedonien. Auch der Zerfall der Sowjetunion hat nicht dazu geführt, dass Völker in ihren Grenzen leben können, ganz im Gegenteil, es wird das Völkerrecht bemüht, um zufällig entstandene Grenzen zu erhalten, ohne Mitspracherecht der Völker. Es gibt im Völkerrecht weder einen Tatbestand, welcher die Sezession und ein vorbereitendes Referendum verbietet, noch gibt es eine Norm, aus der sich das Gegenteil, nämlich eine Erlaubnis zur Abspaltung, direkt ableiten ließe. Das „Völkerrecht“ verteidigt nur die Integrität der bestehenden Grenzen und Staaten.

Gibt es auch Lösungen?

VON PETER BERGHOF

Wie weit sind die aktuell Regierenden noch in der Lage, Probleme tatsächlich zu lösen? Die Meldungen über Probleme mit teils gravierenden Auswirkungen für die deutsche Gesellschaft häufen sich seit den letzten 20 Jahren.

Ob es die Weltwirtschaftskrise 2008/2009, die damit verbundene Krise des Euros in 2009, die Flüchtlingskrise 2015, die Bildungskrise, der Fachkräftemangel, der demographische Wandel, die Klimakrise, die Corona-Krise 2020 bis 2022 oder die aktuelle Energiekrise seit 2022 ist, der Normalzustand scheint nicht mehr erreichbar zu sein. Die Frage ist nun, ob bzw. wie weit all diese Krisen unausweichlich waren und inwieweit

Unterstützungsverpflichtung abgeleitet, deren Wirksamkeit oft sehr fraglich ist. Das Hinterfragen dieser Strategien wird hingegen durch soziale Ächtung unterbunden. Das erfolglose Engagement in Afghanistan mit 22 Mrd. € steht dafür beispielhaft. Denn die Schlussfolgerung daraus war, eine weitere Milliarde zu investieren. Der entscheidende Punkt in oben beschriebener Logik ist aber, da es auf der Welt immer schwere Konflikte geben wird, würde Deutschland erst die moralische Verpflichtung von Transferleistungen aufgeben müssen, wenn es selber zu einem der ärmsten Staaten gehört. In einer Gedankenwelt, die Wohlstand nicht mit der eigenen Leistung in Verbindung bringt, mag das konsequent erscheinen. Die sich in den



Bild von Andreas Hundt auf Pixabay

Grüne Märchen es war einmal vor langer Zeit

VON HEIDI SCHREIBER

Können sie sich noch an das Gefühl als Kind erinnern, wenn sie gemalt haben und ganz in diesem Phantasiebild aufgegangen sind? Sie waren Prinzessin, Fee, Ritter, Zorro oder ein anderer Held oder Retter. Das Empfinden während des Malens war real und voller Freude, die eigene Geschichte weiterzuentwickeln. Das jähe Ende kam dann mit dem Zuruf aus der Küche: „Essen ist fertig, Hausaufgaben machen oder Schlafenszeit.“ Die Geschichte lebte in Gedanken weiter, ließ sich aber nicht in die Realität mitnehmen. Wenn ich heute auf der Autobahn fahre und die kilometerlangen Staus der Lastwagen sehe, fällt mir die Geschichte ein, dass die Grünen einmal, vor langer, langer Zeit, den Güterverkehr auf die Schiene bringen wollten. Sie haben auch ein schönes, edles und sauberes Bild von der Zukunft gemalt. Darin waren sie Umweltritter, Klimaschützer,

Friedensboten, Powerfrauen und schicke Ministerinnen mit Täschchen und Schühchen, die nur Gutes tun. Alle Grünen wurden kreativ und zeichneten an diesem Bild mit Wald, Wasser, Luft, mächtigen Windrädern und lieben Tieren und lieben, grünen Menschen. Die Harmonie war umwerfend, fesselnd und liebevoll. Niemand störte die Maler. Keiner rief: „Essen kommen, Hausaufgaben erledigen, mal nachdenken.“ Dann geschah etwas Seltsames. Die Grünen haben so lange gemalt, bis sie die Realität nicht mehr sehen konnten. Ihr Bild war so vollkommen, dass sie nun mit allen Mitteln versuchten, die Wirklichkeit in dieses Bild zu pressen. Die Realität sollte so aussehen, wie das Bild. Nun, das ließ sich nicht so einfach bewerkstelligen. Da kamen sie auf die glorreiche Idee, alle „Zappel-männer“, die nicht ins Bild wollten, einfach abzuschneiden.

Schnipp schnapp, Kritiker ab! Aus dem Rahmen purzelten Klar- und Querdenker, Individualitäten, böse Wissenschaftler, Alternative, Künstler, Christen und Menschen, die in der Realität leben wollten, aber nicht im Bild. Die Grünen riefen, dass das Bild doch super schön wäre und den Vorteil hätte, dass man sich alles malen könnte, aber dann nichts im wirklichen Leben umzusetzen bräuchte. Beim Güterverkehr auf die Schiene hat es ja auch geklappt, denn das Märchen hält sich bis heute! Beim Frieden funktioniert es auch, denn wir schaffen Frieden mit Waffen! Bei eben der Energie geht's super, denn wir schaffen Wohlstand mit unseren mächtigen Windmühlen! Vorsicht! Wer das nicht glaubt, darf nicht mehr mitspielen! Wehe, wehe, wenn ich auf das Ende sehe!

die aktuell Regierenden in der Lage sind, diese zu lösen. Letzteres, so lässt eine Äußerung von Annalena Baerbock in der ersten Beratung über den Haushalt 2023 des Auswärtigen Amtes jedenfalls vermuten, muss infrage gestellt werden.

Frau Baerbock bezeichnete es dort als zynisch, das Leid in Deutschland gegen das Leid hungernder Afrikaner oder ukrainischer Mütter auszuspielen. Tatsächlich stellt sie damit selber diese Verknüpfung her und verbindet verschiedene Probleme, die inhaltlich nichts miteinander zu tun haben. Das gilt für den Hunger in Afrika, der durch die hohen Energiepreise in Deutschland nicht beeinflusst wird. Das gilt aber auch für die hohen Gaspreise, die sich nicht auf das Leid ukrainischer Mütter auswirken.

Vielmehr wird die aktuelle Situation in Deutschland kontinuierlich mit den schlimmsten Konflikten der Welt verglichen, die mitunter sehr stereotyp dargestellt werden, wie der Vergleich von Frau Baerbock belegt. Aufgrund des relativen Wohlstandsgefälles wird daraus eine finanzielle

letzten Dekaden wirtschaftlicher stark entwickelnden asiatischen Staaten zeigen aber, dass Jedem die Möglichkeit des Aufschwungs aus eigener Kraft gegeben ist.

Gesellschaftliche Einigkeit, wirtschaftliche Freiheit und Sicherung des Erwirtschafteten sind die Grundlagen dafür, in Deutschland wie auch in allen anderen Staaten. Krisen müssen also zunächst diejenigen lösen, die ursächlich beteiligt sind. In dieser Hinsicht sieht es also schlecht aus, was die Lösungskompetenz der aktuell Regierenden angeht.

Denn die Situation der deutschen Gesellschaft ist geprägt durch deren Spaltung, durch eine ausschließlich emotionale Diskussionskultur und durch eine Verstaatlichung eines Großteils des privat Erwirtschafteten, was sich mit der Enteignung durch einen Lastenausgleich ankündigt. Kommen wir nicht zu einem radikalen Wandel hin zu demokratischen Strukturen mit offener und sachlicher Diskussionskultur, werden wir von einer Krise in die nächste gleiten. **Bis zum bitteren Ende.**

Ist Deutschland eine Demokratie? Oder doch eher Kuba?

VON EMIL HOFER

Bei einer Volksbefragung in Kuba stimmten zwei Drittel der Menschen für ein neues Familienrecht. Das Gesetz verbietet die Ehe mit minderjährigen Mädchen. In Deutschland werden Ehen von Moslems mit minderjährigen Mädchen nicht nur geduldet, sondern auch anerkannt. Es legalisiert künstliche Befruchtung und Leihmutterchaft. In Deutschland ist Leihmutterchaft

verboten. Leihmütter und die intendierten Eltern werden aber nicht bestraft. Es stärkt die Rechte von Frauen und Pflägern und reformiert das Adoptionsrecht. Auch die gleichgeschlechtliche Ehe ist jetzt erlaubt, obwohl sich sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche sowie Alt-kommunisten dagegen wehrten. Man mag zu diesen Fragen unterschiedlicher Auffassung sein.

Aber eines steht fest. In Deutschland wurde zu allen diesen Fragen noch niemals irgendjemand befragt. Das ist jene Art von Demokratie, welche von unseren „Volksvertretern“ als vorbildlich den anderen Nationen vorgehalten wird. Unsere Regierung ist so sehr demokratisch, dass sie das Volk gar nicht befragen muss. Also stellt sich die Frage: Deutschland oder Kuba?

*Ihnen gefällt unsere neue Zeitung?
Sie haben Wünsche und Anregungen?
Sie möchten uns unterstützen?
Sie möchten unseren Newsletter beziehen?*

Schreiben Sie uns:
redaktion@bergische-freiheit.de

Eine Zensur findet nicht statt ...

Unter dem Titel „Von Augstein zu Relotius Anspruch und Wirklichkeit der 4. Gewalt“ fand am 04.10.2022 von 19-21 Uhr das Web-Seminar der Desiderius Erasmus Stiftung e.V. statt. Der Referent Dr. Jan Heitmann bot als ehemaliger Journalist kompetent einen interessanten und gut gegliederten Überblick über die Entwicklung der politischen Meinungsbildung in der Berichterstattung von 1945 bis jetzt in Deutschland.

In Artikel 5 im Grundgesetz ist die politische Meinungsbildung geregelt, dort steht u.a. „...eine Zensur findet nicht statt...“. Dr. Heitmann stellte dieses Zitat sozusagen als Referenzaussage für alle nachfolgenden Untersuchungsergebnisse in den Raum.

In der Zeit von 1945 bis 1949 gab es eine Presse-Kontrolle der Alliierten und Rudolf Augstein wollte nach seinem Dienst als Offizier im Zweiten Weltkrieg ein Medium ins Leben rufen unter dem Titel „Diese Woche“. Er kritisierte jedoch die Besatzungsmächte und musste nach sechs Ausgaben dieses Medium wieder einstellen. 1947

hat er dann das Medium „Der Spiegel“ gegründet. Erst 1949 gab es eine freie Presse, die für eine Demokratie nötig ist. Dr. Heitmann führte aus, dass die Medien die 4. Gewalt darstellten und dass sie ein Wächteramt in einer Demokratie innehätten. Ihre Grundsätze seien Information, Meinungsbildungsmittlung, Kontrolle der Kritik, Bildung und Unterhaltung. Die Presse solle die Menschen unvoreingenommen informieren. Auch ein Pressekodex ist vorhanden, der sich auf die Fahnen geschrieben hat, dass die Presse die Menschen wahrhaftig unterrichten soll, was natürlich voraussetzt, dass die Journalisten ihre Aufgaben fair erledigen.

Um das zu gewährleisten, gibt es den Deutschen Presserat als Aufsichtsgremium, doch der sei ein „zahnloser Tiger“, führte Dr. Heitmann aus. Rudolf Augstein ist ein Zitat aus dem Jahr 1961 zuzuordnen, von dem er sich später allerdings wegbewegt habe: „Einer Wahrheit ans Licht zu verhelfen ... ist die einzige Möglichkeit des Journalisten“, etwas zu verändern.

Dr. Heitmann führt im Folgenden etliche Beispiele dafür an, dass die Presse und auch Augstein selbst diese Grundsätze zumindest nicht immer beherzigt haben. Insbesondere den älteren interessierten Bürgern dürften diese Fälle noch im Gedächtnis sein. Es fängt an mit der Berichterstattung zur Zeit des RAF-Terrorismus, wo durch die Medien eine Furchtkulisse aufgebaut worden wäre. Dann die Nachrüstungsdebatte, in der durch die Medien massiv gegen Helmut Schmidt vorgegangen worden wäre.

Weiterhin führte der Referent die Berichterstattung in der DDR-Schlussphase an, als die Medien immer „weicher“ berichtet hätten und schließlich sogar über die Möglichkeit zweier deutscher Staaten „diskutiert“ wurde. Erst als dann Rudolf Augstein sagte, dass er für die Wiedervereinigung wäre, war dann auch „Der Spiegel“ dafür. Weitere Beispiele waren die Kampagnen über den Bundespräsidenten Wulf oder auch die über Ole van Beust als Bürgermeister von Hamburg, die beiden Politikern deren Ämter gekostet haben. Schließlich, aber nicht zuletzt, hat

Relotius als brillanter Schreiber, aber leider auch Fälscher, die Spiegel-Redaktion an der Nase herumgeführt bzw. hat die Redaktion ihm ohne eine Plausibilitätsprüfung seine „Werke“ abgenommen.

Alle diese Beispiele zeigen, dass mittlerweile ein Medium Politik macht und nicht ausgewogen über Politik berichtet. Heute heißt das „Framing“. Doch eigentlich dürfe ein Journalist sich mit keiner Sache gemein machen, auch nicht mit einer guten, meinte Dr. Heitmann. So geschehen etwa 2015, wie es in den verschiedenen Abstufungen in den Medien dann hieß: Asylanten – Asylbewerber – Asylsucher – Flüchtlinge – Schutzsuchende – Schutzbedürftige – Schutzfliehende.

Die Medien wollten damit die Akzeptanz von Merkels Asylpolitik in der Bevölkerung sicherstellen. Aber auch aktuell wird so verfahren, etwa in der Berichterstattung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine. Zu diesem Thema aber auch schon 2014, als die ARD in Bezug auf die Berichterstattung

der Geschehnisse zwischen russischen und ukrainischen Streitkräften falsche Fotos verwendete. Es ließen sich noch viele Beispiele, die Dr. Heitmann gebracht hatte, anführen, um zu belegen, dass sich die Medien als die 4. Gewalt von ihrer anfangs durchaus ehrenwerten und Demokratie stärkenden Aufgabe wegbewegt haben.

Eine wichtige Frage stelle in diesem Zusammenhang in der anschließenden Diskussion ein Teilnehmer, wie man als Nutzer der Presse und der Medien seinen Einfluss geltend machen könnte. Dr. Heitmann riet, dass man als interessierter Mensch auf die privaten Sender ausweichen könnte, gerade jetzt im Ukraine-Konflikt. Ein anderer Teilnehmer erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass in der DDR handgeschriebene Zettel verteilt wurden und dass die Menschen hungrig nach Informationen gewesen wären. Vielleicht kommen diese Zeiten noch einmal zu uns, denn Dr. Heitmann führte auch aus, dass etwa 92% der deutschen Journalisten grün-rot gefärbt seien. Wie war das noch mit der Zensur? (IP 10.2022)

Nicht der Nationalstaat, sondern die Ideologie führt ins Verderben

VON EMIL HOFER

Immer wieder wird man durch die heutige Politik und die Medien an vergangene, düstere Zeiten erinnert. Diese Zeiten, so hört man immer, waren dadurch geprägt, dass der Nationalismus die Menschen verführt hat, andere Staaten anzugreifen. Deshalb müsse alles getan werden, um dem Nationalismus nie wieder eine Chance zu geben.

Ich empfinde Nationalismus, aber klar abgegrenzt im Sinne von Vaterlandsliebe als wohltuend. Ich liebe mein Land, seine Bürger, seine großen Geister in Kultur, Kunst, Architektur, Wissenschaft, Technik und Politik. Ich bin sogar stolz darauf, zu dieser Nation zu gehören, meine Eltern, Großeltern und weitere Vorfahren haben es aufgebaut. Es gibt mir eine innere Ruhe, aus dieser Vergangenheit schöpfen zu können.

Ich möchte auch kein anderer sein, kein Chinese, Afrikaner, Amerikaner, Japaner, Inder oder Angehöriger irgendeiner anderen

Nation. Ich wünsche den Angehörigen aller anderen Nationen ebenfalls dieses beruhigende Gefühl, dazu zu gehören, und freue mich, wenn sie stolz auf ihre Kultur sind, die ich auch bewundere. Dieses Nationalbewusstsein, diese Freude an der eigenen Identität, soll also der Kern des Übels sein? Mitnichten! Es war die sozialistische Ideologie, und zwar die der Nazis, die Europa ins Verderben führte. Es war die sozialistische Ideologie des Maoismus, die in China Millionen von Opfern forderte. Es war die sozialistische Ideologie, die im Leninismus und Stalinismus wütete.

Eine Ideologie stellt irrationale Ziele über die Bedürfnisse der Menschen. Die Menschen sollen ihre Grundbedürfnisse, ihre Empfindungen, ihre Vorlieben, Gewohnheiten, Glücksgefühle und Probleme und ihre Gedanken einem äußeren Ziel unterordnen, welches die Politiker definieren.

Es gibt weit über 150 Nationalstaaten auf der Welt, die meist friedlich miteinander leben. Die Kriege werden nicht aus nationalistischen Gründen geführt, sondern um Rohstoffe, Herrschaftsgebiete, imperialistische Ziele, oder andere unlautere Vorteile. Nur weil die Nationalsozialisten eine verwerfliche Rassentheorie hatten, ist nicht der Nationalstaat das Problem.

Die heutigen, zum Teil demokratisch gewählten Politiker haben wieder Ziele, welche die Menschen entwürzeln sollen. Sie sollen Dinge als „normal“ akzeptieren, die ihnen im Innersten widerstreben. Dadurch geben sie ihre Eigenständigkeit auf, wodurch die Politiker die demokratische Kontrolle von unten abschütteln. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Bevölkerung nicht gängeln lässt, sondern in solchen Fällen wo ihre Eigenständigkeit und Meinungsfreiheit untergraben wird, Widerstand leistet.

Wissenswertes über die Europäische Menschenrechtskonvention

VON ENZO RAUCH

Die Europäische Menschenrechtskonvention ist einer der immer sehr betonten europäischen „Werte“. Damit salbt sich die Kommissionspräsidentin ständig, wenn sie anderen souveränen Staaten wie Ungarn oder Polen ihre Grundrechte streitig machen möchte. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) achtet darauf, dass in diesem Sinne auf die Würde aller Ausländer, die sich in Deutschland ohne Arbeit aufhalten, wenigstens vom Kindergeld ihrer Kinder leben können. Aber auch andere Dinge sind in der Konvention (zu finden unter https://www.echr.coe.int/documents/convention_deu.pdf) geregelt. Unter ARTIKEL 2 Recht auf Leben 1. Das Recht jedes Menschen auf Leben wird gesetzlich geschützt. Niemand darf absichtlich getötet werden, außer durch Vollstreckung eines Todesurteils,

das ein Gericht wegen eines Verbrechens verhängt hat, für das die Todesstrafe gesetzlich vorgesehen ist. 2. Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um (a) jemanden gegen rechtswidrige Gewalt zu verteidigen; (b) jemanden rechtmäßig festzunehmen oder jemanden, dem die Freiheit rechtmäßig entzogen ist, an der Flucht zu hindern; (c) einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen.

Mit anderen Worten, sollte es in Deutschland zu der von den Regierenden befürchteten Situation eines Aufstandes kommen, so dürfen die Aufständischen, die jene die man dafür hält, rechtmäßig erschossen werden. Wenn einer fliehen möchte, auch von hinten.

Feministische Außenpolitik, ein faschistischer Kulturkampf?

VON ERICH SIEBERT

Neue Leute prägen neue Begriffe. Seit die grüne Außenministerin Annalena Baerbock die Regierungsbühne betreten hat, spricht sie von einem Paradigmenwechsel in der Außenpolitik hin zu einer Feministischen Außenpolitik. Nicht nur viele Bürger, auch Thinktanks rätseln nun, was das eigentlich sein soll. Denn von Frau Baerbock kam bisher keine Erklärung dieses neuen Begriffes. Aber wenn es nicht erklärt wird,

dann kann man doch einen Versuch anstellen, darüber mehr Klarheit zu bekommen. Wenn es bisher eine „patriarchale“ Außenpolitik gegeben hat, wofür es zumindest in früheren Zeiten Anhaltspunkte gab, als das Heer der Diplomaten fast nur männlich war, dann kann man das durchaus ändern wollen. Aber soll nun eine patriarchale durch eine feministische Außenpolitik ersetzt werden? Also etwas wegen der

Einseitigkeit Kritikwürdiges durch etwas anderes Einseitiges ersetzt werden? Wenn etwas falsch ist, dann ist nicht immer das Gegenteil richtig. Laut Wikipedia ist das Ziel des Feminismus die „Anerkennung und Achtung gleicher Menschenwürde von Frauen“. Kann das ein Ziel deutscher Außenpolitik sein? Eine Außenpolitik, die sich nur um Frauen kümmert? Man kann durchaus anerkennen,

dass Frauen weltweit Schutz bedürfen, und zwar auch anderen und mehr als Männer. Frauen sind aus verschiedenen Gründen verletzlicher. Die Politik soll dahingehend wirken, dass Benachteiligungen von Frauen weltweit beseitigt werden. Aber es ist nicht die Aufgabe einer Außenministerin eines einzigen Landes, und vor allem nicht jener Deutschlands, anderen Ländern Vorschriften zu machen. Dies wäre ein sozialistischer

Kulturkampf, der die eigene Kultur als Maß für die anderen sieht, und sich über andere Kulturen erhebt. Auch das gab es schon in Deutschland. Es ist zu vermuten, dass es nur deshalb bisher keinen Aufschrei gegen die Feministische Außenpolitik gab, weil man nicht weiß, was es ist. Aber genau deshalb ist es unsere Aufgabe, darauf aufmerksam zu machen, damit sich so ein Ausdruck nicht etabliert, ohne definiert zu sein.

"Die USA haben die Nordstream 2 Pipeline gesprengt"

VON MARCUS SCHMIDT

Das behauptet Enthüllungsjournalist und Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh und erklärt äußerst detailliert und glaubwürdig, wie der Sabotageakt in Zusammenarbeit mit Norwegen gegen den Verbündeten Deutschland vorbereitet und umgesetzt wurde [1].

Er bezieht sich auf geheime Quellen aus dem US-Regierungsmilitär-Umfeld und wird in den westlichen „Qualitätsmedien“ in vorauseilendem Gehorsam in erster Reaktion vom „weltberühmten Enthüllungsjournalisten“ zum „umstrittenen Journalisten“ umdefiniert.

Die US-Regierung, CIA, FBI haben erwartungsgemäß alles abgestritten, was Hersh an Fakten vorgelegt hat, und halten an der Idee fest, dass Russland sein Jahrhundertwerk selbst in die Luft gejagt hat, ignorierend dass Gasabdrehen den gleichen Effekt gehabt hätte.

Die Erfahrung mit diesen Organisationen jedoch zeigt, dass Lügen durchaus üblich sind, sei es bei erfundenen Atomwaffen im Irak, Brutkastenmärchen in Kuwait. Alles was nötig ist, um Militäreinsätze aus niederen Beweggründen Realität werden zu lassen.

Auch bei 9/11, wo drei Türme nach zwei Flugzeug-Treffern sauber senkrecht und einem Sprengmeister alle Ehre machend, zusammenstürzten, behaupten 3000 Architekten und Ingenieure aus allen relevanten technischen Disziplinen höchst glaubwürdig, dass weder Szenarien noch Untersuchungsergebnisse zusammenpassten [2].

Auch ist unklar, warum die 9/11-Beweisführung nach wenigen Tagen abgeschlossen war. Wollte man nicht zuviel wissen?

Das Motiv für die Pipeline-Sprengung ist einfach erklärt. Die USA arbeiten seit dem 2. Weltkrieg daran, Russland auf irgendeine Art zu unterwerfen.

Nach der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts hat man etliche militärische Verbündete gegen Russland hinzugewonnen bzw. in die Nato hineinkomplementiert.

Seit 2014 hat man die letzte Bastion vor Russland politisch im Griff, rüstet sie militärisch auf und würde sie gerne auch gegen den Willen einiger Europäer in die Nato holen, um Russland „einzukreisen“ und damit wesentlich bis aufs Blut zu reizen, wie Professor Neuhoff in seinem Vortrag herausgearbeitet hat [3].

Russland soll militärisch-finanziell herausgefordert und ständig in Stress gehalten werden.

Mittelfristig soll die russische Regierung durch Unbill aller Art „demokratisiert“ werden, so dass die US-Unternehmen auf friedlichem, legalem Wege die russischen Rohstoffe vermarkten könnten und damit den eurasischen Kontinent komplett beherrschten. Das wäre das Ziel.

Parallel versucht aber Deutschland mit Russland gute Gas-Geschäfte zu machen, die Durchleitungsgebühren für die (US-)Ukraine einzusparen, Russland noch mehr Devisen zukommen zu lassen, selbst billiger Gas zu beziehen als die USA es erzeugen könnten. Europa und Russland würden gestärkt, die USA geschwächt. Das geht natürlich nicht!

Wer sich den USA widersetzt, hat mit Sanktionen zu rechnen – sogar gegen komplette Ostseehäfen. Auch US-Sanktionen gegen jedweden "Feind", wozu unter Umständen durchaus auch "Freunde" zählen können, sind unabhängig von eigenen Schäden mitzutragen.

Wichtigtuende Nato-Mitglieder dürfen dann auch mal dem russischen Bären entgegenbellern, wie aktuell Pseudo-

Mitglied Ukraine.

Wenn Russland dann zurückschlägt, entscheiden die Amerikaner nur in eigenem Interesse.

Optimalerweise vermitteln sie Hilfe von anderen „Verbündeten“ oder sagen "Pech – selbst schuld".

Also, die Pipeline musste weg, Joe Biden hat die Zerstörung im Beisein von Kanzler Olaf Scholz angekündigt und ebenso die technischen Fähigkeiten dazu bestätigt. Scholz widersprach nicht, und stellte später klar, dass man (unter Freunden) alles gemeinsam mache - alles?

Dieser Plan bestand laut Hersh seit Ende 2021, also bereits vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine.

Nachdem im Bundestag jede Aussage zu diesem Anschlag aus Gründen „nationaler Sicherheitsinteressen“ bisher verweigert wurde, muss Scholz demnächst im Parlament beantworten, ob und ab wann er von dem gefassten Sabotage-Plan informiert war und was er jetzt zu tun gedenke.

Es kann nicht angehen, dass eine solche Sabotageaktion gegen einen souveränen Partnerstaat ohne Konsequenzen abläuft.

Und zwar für Scholz und die USA.

[1] seymourhersh.substack.com/p/how-america-took-out-the-nord-stream
Hier in deutsch: <https://www.voltairenet.org/article218838.html>

[2] www.ae911truth.org/languages/german

[3] Ukraine: Eine Lehrstunde der Geopolitik mit Prof. Dr. Hans Neuhoff auf der IfS-Sommerakademie 2022
https://www.youtube.com/watch?v=ZidPvRm5P_U

Es ist doch alles bestens - in dieser Republik

VON EMIL HOFER

Seit der Bundestagswahl haben die acht führenden Umfrageinstitute das Ohr ganz nah am Bürger und veröffentlichen laufend ihre Erkenntnisse und Messungen der Parteienpräferenz der Deutschen Wähler.

Die Grünen starteten mit 14,8 % bei der Bundestagswahl im Oktober 2021, die CDU/CSU legte eine Schlappe mit 24,1 % hin.

Nun ist die Zeit schon etwas weiter, die ersten Erfolge der Politik der neuen Regierung werden immer sichtbarer, und der kluge und dankbare Bürger honoriert dies auch mit seiner Gunst.

Die Grünen steigen und steigen, mehr als 10 % haben sie noch draufgelegt, sie stehen nun bei 25 % und würden in dieser Koalition den Bundeskanzler stellen.

Der Bürger will mehr von dieser Politik, mehr weniger Erdgas, mehr weniger Strom, mehr Inflation, mehr CO2-Steuern,

mehr feministische Außenpolitik, mehr Hetze gegen China und Russland,

mehr Waffen für die Ukraine, mehr Kampf gegen rechts.

Es ist eine schiere Erfolgsgeschichte, wie sich die Politik in kürzester Zeit geändert hat.

Und auch die CDU/CSU wird belohnt für ihre Politik, dass sie die Kernkraftwerke abgeschaltet hat und jetzt für Kernkraft kämpft, dass sie eine Corona-Politik gegen das Volk durchgesetzt hat, die jetzt von Herrn Lauterbach zur Perfektion gebracht wird.



European People's Party, CC BY 2.0 creativecommons.org via [Wikimedia Commons](https://commons.wikimedia.org)

Folgerichtig denkt der große Bundesparteivorsitzende der CDU, Friedrich Merz, über schwarz/grüne Koalitionen nach, die ganz sicher die richtige Melange aus den bisherigen Politikerfolgen dieser beiden Parteien optimieren könnte.

Der Wähler gibt dieser Konstellation eindeutig den Vorzug. Zumindest heute.

Sonntagsfrage Bundestagswahl									
Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...									
Institut	Allensbach	Kantar (Emnid)	Forsa	Forsch'gr. Wahlen	GMS	Infratest dimap	INSA	Yougov	Bundestagswahl
Veröffentl.	27.07.2022	06.08.2022	09.08.2022	15.07.2022	27.07.2022	04.08.2022	08.08.2022	08.07.2022	26.09.2021
CDU/CSU	27,5 %	25 %	26 %	26 %	27 %	28 %	27 %	28 %	24,1 %
SPD	22 %	21 %	18 %	21 %	18 %	17 %	18 %	19 %	25,7 %
GRÜNE	22 %	23 %	24 %	25 %	23 %	23 %	21,5 %	20 %	14,8 %
FDP	7 %	6 %	7 %	6 %	9 %	7 %	8 %	7 %	11,5 %
DIE LINKE	5 %	5 %	5 %	5 %	5 %	4 %	5,5 %	5 %	4,9 %
AFD	11 %	11 %	10 %	11 %	10 %	13 %	12,5 %	12 %	10,3 %
Sonstige	5,5 %	9 %	10 %	6 %	8 %	8 %	7,5 %	FW 1 % Son. 8 %	8,7 %
Erhebung	F + 1.006 08.07.-21.07.	T + 1.426 26.07.-02.08.	T + 2.504 02.08.-08.08.	T + 1.167 12.07.-14.07.	T + 1.005 20.07.-25.07.	TOM + 1.313 01.08.-03.08.	O + 2.099 05.08.-08.08.	O + 1.655 01.07.-05.07.	

Quelle: <https://www.wahlrecht.de/umfragen/>

Die Armen zahlen Steuern, die Reichen werden geschont Besitzer von Privatflugzeugen und Privatjachten sind von Abgaben befreit

VON ENZO RAUCH

Immer stärker zieht die EU die Abgabenschraube an, um jegliches Verbrennen fossiler Energieträger zu verteuern. Angeblich soll damit das Klima geschützt und die Natur geschont werden, das wird den Bürgern täglich von Radio, Fernsehen und einschlägigen Zeitungen vermittelt, damit niemand murrte, wenn die Stromrechnung kaum mehr zu bezahlen ist, beim Tanken plötzlich 100 € zu zahlen sind, und die Lebensmittelpreise durch die Decke gehen. Sparen ist die einzige Möglichkeit, wenn der Geldbeutel leer wird. Aber wie soll man sparen? Weniger

Auto fahren, das ist sicher möglich. Weniger essen? Also nicht sattessen? Weniger Strom? Also im Dunkeln sitzen? Weniger heizen? Wer heizt heute schon zu viel, außer denen die die Heizkosten nicht selber tragen? Weniger Duschen und den Waschlappen benutzen, wie der grüne Ministerpräsident Kretschmann rät?

Das sind schon Maßnahmen, die die Grundbedürfnisse der Bürger einschränken. Aber nicht jeder wird gezwungen, die „Klimaabgaben“ zu bezahlen, vor allem jene, die am meisten Treibstoffe verbrennen, die

Besitzer von Luxusjachten und Privatflugzeugen. Ganz kurios wird es, wenn die Reichen der Welt mit ihren steuerbefreiten Privatjets zum Klimagipfel und Weltwirtschaftsforum nach Davos fliegen. 1040 steuerbefreite Privatjets landeten in Zürich, um die Welt vor dem CO2-Tod zu retten. Das Ergebnis war dürftig, tagelang wurde darum gerungen, überhaupt ein Abschlussstatement zu verabschieden. Gewarnt wird vor Wirtschaftskriegen, vor der grassierenden Inflation, sozialen Unruhen und

geowirtschaftlichen Konfrontationen. Es warnen jene, die die Wirtschaftskriege führen, die für die Inflation verantwortlich sind und die sozialen Unruhen auslösen. Und danach dösen sie mit den steuerbefreiten Privatjets wieder nach Hause, und beschließen neue Abgaben für die Bürger. Aber nicht besser geht es zu Wasser zu. Jene Mächtigen, die vor dem Weltuntergang warnen wenn wir unsere Grundbedürfnisse befriedigen, haben den Emissionshandel auf die Schifffahrt ausgeweitet. Ab 2024 müssen alle Passagier- und Frachtschiffe für den Treibstoff

Emissionszertifikate kaufen. Es gibt eine kleine Ausnahme. Schiffe mit weniger als 5000 brt sind vorerst ausgenommen. Also fallen die meisten Privatjachten nicht darunter, und die Gäste des Weltwirtschaftsforums können zu Hause von Privatjet in ihre Luxusjacht umsteigen und sich steuerbefreit von der Anstrengung erholen. Sollte die Luxusjacht ein wenig zu groß ausgefallen sein, sodass die 5000 brt-Grenze überschritten wird, dann gilt zufällig eine weitere Ausnahmeregelung, die da heißt: Reine Freizeitboote sind vom Zertifikatehandel ausgenommen.

08 | Wirtschaft

Führungsmacht Amerika?

VON PETER BERGHOFF

Mit und nach dem 2. Weltkrieg sind die Vereinigten Staaten zur dominanten Macht aufgestiegen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes entfiel auch der einzige Konkurrent in Sachen Militär- und Gesellschaftsentwicklung. Damit schien Anfang der 1990er Jahre der Weg frei für eine konfliktfreie und friedliche Zukunft.

Was die statistischen Daten 2021 angeht, so steht die USA derzeit unbestritten an der Spitze. Das betrifft die Militärausgaben, mit 38% der weltweiten Investitionen, aber auch die gesamte Wirtschaftsleistung, die mit knapp 24% des weltweiten Bruttoinlandsproduktes in den

USA erwirtschaftet wird. Bleibt noch der kulturelle Aspekt, der gerade in Zeiten diskursiver Meinungsbildung ein wichtiger Aspekt ist. Auch da stehen 2016 die Vereinigten Staaten mit knapp 30% des weltweiten Jahresprofits eindeutig an der Spitze.

Ist die Frage also unberechtigt? Es kommt darauf an, ob man die Rolle als Dominanz oder als Partnerschaft versteht. Ersteres wird zumindest von Wirtschaftsminister Habeck gesehen, der Deutschland in einer dienenden Führungsrolle sieht, nicht in einer Partnerschaft.

Und auch die gesellschaftliche Entwicklung der Welt scheint keine friedlichere geworden zu

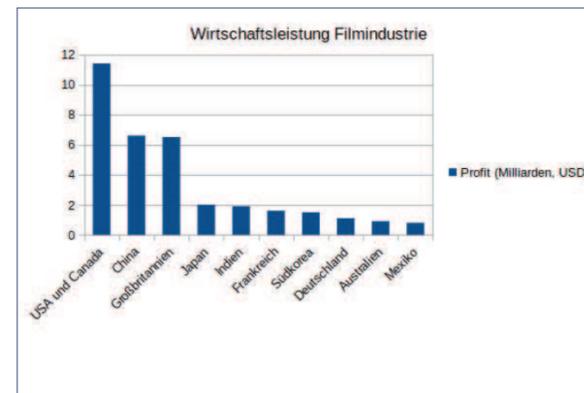
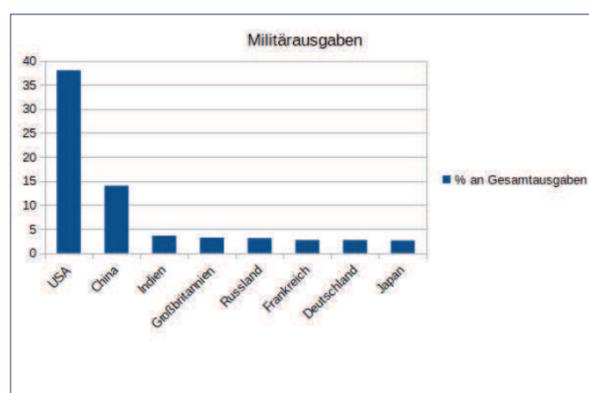
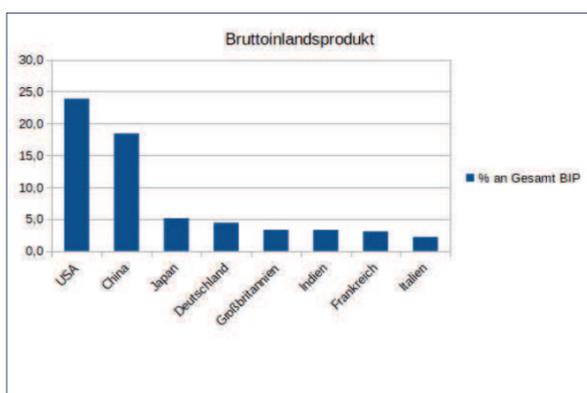
sein. Die Strategie der gesellschaftlichen Destabilisierung, die durch die USA im Konflikt mit dem Irak, Afghanistan, Libyen oder Syrien erfolgreich eingesetzt wurde, hinterlässt jedenfalls keine kollegialen Partner. Das umso mehr, als weiterhin die alten Feindbilder gepflegt und ausgebaut werden. Die Vereinigten Staaten haben also den Wechsel hin zu einem partnerschaftlichen staatlichen Miteinander verpasst. Gleichzeitig kommen aus den Vereinigten Staaten gesellschaftliche Entwicklungen wie die Critical Race Theorie oder die Woke Gesellschaft, die gewachsenen Strukturen nicht nur mit ihrer Strategie der

Ausgrenzung und Unterdrückung anderer Meinungen schädigen, sondern auch einen universellen Anspruch erheben und damit andere Kulturen dominieren wollen.

Das Unbehagen wächst konsequenterweise, besonders in weniger stark an den Westen gebundene Nationen vor allem in Afrika und Asien, die nach Alternativen suchen. Die scheinen sie in China, der aufstrebenden Wirtschafts- und Militärmacht, zu finden, die zielgerichtet und strategisch agiert und im asiatischen Bereich schon dominant ist. Kein beruhigender Gedanke für Europäer, denn im Reich der

Mitte steht die individuelle Freiheit und die Demokratie nicht an erster Stelle.

Bleibt für eigenständige Nationen also nur die Wahl zwischen Teufel und Beelzebub? Die Anfänge der europäischen Zusammenarbeit lassen anderes hoffen. Freie und eigenständige Nationen haben die Kraft für innergesellschaftlichen Frieden und zwischenstaatlicher Kooperation. Letzteres immer dann, wenn es Vorteile für alle bringt. Nicht alleine, aber als Gemeinschaft freier Nationen sollte damit ein Gewicht erreicht werden können, dass allzu dominanten Entwicklungen einzelner Akteure Paroli bieten können sollte.



AfD durchleuchtet das Thema Wohnungsnot

VON MARCUS SCHMIDT

Mehr als 40 Interessierte verfolgten Ende Januar in Wermelskirchen die Ausführungen von Roger Beckamp aus dem Bundestag und Carlo Clemens aus dem Düsseldorfer Landtag zum Status verfügbaren Wohnraums aus unterschiedlichen Gesichtspunkten.

1. Mieter

Es findet eine Wanderung vom Land in die Stadt und innerhalb Deutschlands von Ost nach West statt.

Die Zahl der Single- und 2-Personenhaushalte steigt weiterhin mit anspruchsvollem Flächenbedarf.

Zusätzlich führen z.B. in 2022 zusätzlich ca. 1 Million unterzubringende Migranten zu einer extremen Verknappung des Angebotes.

Mietpreissteigerungen finden daher eher bei Neuvermietungen statt, was oft bedeutet, dass auch bei Umzugswunsch die Miete für eine kleinere Wohnung höher wäre als die aktuelle genutzte größere Wohnung.

Des Weiteren fallen jährlich ca. 50.000 staatlich geförderte Sozialwohnungen aus der Preisbindung.

Sehr oft sind diese ohnehin für Bedürftige nicht verfügbar, da sie von inzwischen nicht mehr Bedürftigen "fehlbelegt" sind.

2. Vermieter

Ständig steigende staatliche Auflagen, regelmäßige Bevorzugung von Mietern bei Rechtsstreitigkeiten z.B. bei "Mietnomaden" und sonstigem Missbrauch, schrecken insbesondere Kleinvermieter ab, die oft nicht nur auf Reparaturen, sondern auch auf Gerichtskosten sitzenbleiben, da solche Mieter oft auch bei Verurteilung nicht zahlungsfähig sind.

Es bestehen oft kaum rechtliche Möglichkeiten Mietpreise anzupassen, obwohl Kosten für Reparaturen und Instandhaltungen ständig steigen. Auch mehr und mehr Bürokratie, überfordert normale Menschen, die dann auf eigene Kosten Rat bei Rechtsanwälten oder Steuerberatern suchen müssen. Vermietungen werden auch dadurch unattraktiv.

Dazu kommt das grundsätzliche Zahlungsausfallrisiko aufgrund hoher Inflation, die beispielsweise Nebenkosten, insbesondere Energie, deutlich ansteigen lässt. Dadurch wird das Budget einiger Mieter bereits überfordert. Dazu kommen unerwartete Arbeitslosigkeit aufgrund von Betriebsschließungen.

3. Investoren

Erste Hemmnisse sind deutlich gestiegene Zinsen, kaum freigegebenes Bauland, da jede Wiese von insbesondere durch die grüne Seite der Politik verteidigt

wird, obwohl es nicht zur selbst gestellten Aufgabe passt, nämlich möglichst viele Migranten aktiv ins Land zu locken und sie auch adäquat unterzubringen.

Weitere Kostensteigerungen durch immer mehr teure und völlig sinnlose energetische Auflagen, dazu schleppende behördliche Antragsbearbeitung, kaum kalkulierbare hohe Preissteigerungen durch Fachkräftemangel, Material- und Energiekosten, auch noch während der Bauzeit, kommen dazu.

Ganz besonders macht aber die fehlende Planungssicherheit bei einer ständig umdisponierenden Regierung, mit oft nicht mehr nachvollziehbarer ideologischer Politik, die Investition in Immobilien zu einem Vabanquespiel. Also Finger weg und abwarten!

4. Bauwirtschaft

Da angelockte, angebliche Fachkräfte in der Regel eher Fachkräfte für ihre Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Integrationsversuche benötigen und binden, ist hier keine Verbesserung der Lage in Sicht. Ausgebildete Kräfte aus dem Ausland scheuen Deutschland aufgrund der hohen Steuer- und Abgabenlast. Im Gegenteil, Fachkräfte verlassen dieses Land. Dazu kommt, dass es viele Fördertöpfe für volkswirtschaftlich eher sinnlose, oft energetische Sanierungen gibt. Dadurch fehlen Fachkräfte, die aufgrund dieser Förderungen

in bestehenden Wohnungen sanieren und entsprechend für den Neubau nicht zur Verfügung stehen.

Zusammenfassung

Den größten Teil dieser Probleme hat die inzwischen krankhaft ideologisierte Politik zu verantworten, die sehenden Auges illegale Einwanderung auf Kosten der Sozialsysteme zulässt.

Ausreisepflichtige, die Wohnraum blockieren, müssen konsequent und zeitnah abgeschoben werden.

Die Politik muss aufhören, die angebliche Klimarette maßlos zu übertreiben. Die überbordende Bürokratie muss deutlich heruntergefahren werden und das grundsätzliche Misstrauen gegenüber den Bürgern muss aufhören.

Dazu muss diese Regierung zunächst einmal das längst verlorene Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen.

Die Regierung muss aufhören, Fördertöpfe ohne volkswirtschaftlichen Nutzen aufzulegen, stattdessen die Menschen in die Lage versetzen von ihrem Gehalt nicht nur leben zu können, sondern sich auch durch eigenen Immobilienbesitz das Leben im Alter zu sichern. Geld dazu kann man einsparen, wenn man nicht das Bürokratiemonster EU und die halbe Welt durchfinanziert.

Erbrecht

Geben mit warmer Hand

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer kommenden Immobilienzwangsabgabe, der Neufassung des Immobiliengesetzes oder des LAG – Lastenausgleichsgesetzes für Immobilien- oder Grundstückbesitzer ist es für die Betroffenen angebracht, kurz innezuhalten und darüber nachzudenken, was mit den fleißig erarbeiteten Werten geschehen soll.

Grundsätzlich ist es für Immobilienbesitzer, die Kinder haben, klar, dass einmal die Kinder alles erben sollen.

Warum aber warten, bis es soweit ist?

Wäre es nicht sinnvoller, durch eine Schenkung zu Lebzeiten an die Kinder oder andere Begünstigte, jetzt schon einmal den Besitz zu verteilen?

Mit der Möglichkeit, sich im Grundbuch einen Nießbrauch und / oder ein Wohnrecht auf Lebenszeit eintragen zu lassen, sind die Besitzer immer noch auf der Habenseite.

Lassen Sie sich durch einen Notar Ihres Vertrauens beraten!

(IP 10.2022)

Wissenschaft-Technik | 09

Die Menschheitskatastrophe Erdabkühlung

VON ELLEN WEIß

Anfang der 1960-er Jahre führte die Folge einiger sehr kalter Winter in der Wissenschaft zu der Vermutung, dass die jüngste Erwärmungsperiode nur ein Aufschub der Abkühlungsphase sein könnte, und dass die „Kleine Eiszeit“ möglicherweise noch nicht vorbei sei.

Damit stand die Sorge im Raum, dass der wirtschaftliche Aufschwung durch eine drohende Erdabkühlung beendet werden könnte.

Hubert Lamb, der bedeutendste Vertreter der damaligen Klimawissenschaft, warnte vor strengen Wintern in den kommenden Jahren.

1972 geht als eines der wetterunbeständigsten Jahre in die Geschichte der Klimatologie ein. In Nord- und Mitteleuropa war es ungewöhnlich kalt und der Süden Europas verzeichnete die doppelte Regenmenge der Vorjahre.

Dem gegenüber war die Kornkammer Europas, die damalige Sowjetunion, von Dürre und Missernten geplagt.

Georg Kukla mit seinem Forschungsauftrag am Lamont-Doherty Geological Observatory schrieb einen Brief an den neu gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten Richard Nixon, dass „eine weltweite Klimaverschlechterung, deren Größenordnung jede bisherige seit den Anfängen der

menschlichen Zivilisation überstiege, durchaus im Bereich des Möglichen liegt und tatsächlich bald eintreten könnte.“

In diesem Brief hieß es – ohne Erwähnung eines menschlichen Einflusses –, dass eiszeitliche Temperaturen in etwa einem Jahrhundert zu Lebensmittelverknappung und schweren Extremwetterereignissen führen könnten.

Die Nixon-Administration reagierte auf diesen Brief mit der Gründung des „Sonderausschusses für das gegenwärtige Interglazial“.

Robert White, Chef der NOAA (US-Amerikanische Behörde für Meer und Atmosphäre), legte seinen Bericht „Klimaprogramm der Vereinigten Staaten“ dem neuen Präsidenten Jimmy Carter vor, als der Winter 1977 zu meterhohen Schneedecken und vielen Kältetoten bei den tiefsten je gemessenen Temperaturen führte.

Eine später erstellte „Klimaschadensbilanz“ bezifferte den Schaden durch den Winter auf 27 Milliarden Dollar (Center of Environmental Assessment Services 1952).

Das deutsche Boulevard-Blatt Der Spiegel schrieb in seiner Ausgabe vom 11.08.1974:

Katastrophe auf Raten
„Kommt eine neue Eiszeit? Nicht gleich, aber der verregnete

Sommer in Nordeuropa, so befürchten die Klimaforscher, war nur ein Teil eines weltweiten Wetterumschwungs -- ein Vorgeschmack auf kühlere und nassere Zeiten.“

Kälte ist für den Menschen eindeutig schlechter zu ertragen als Wärme.

Roland Rau (Universität Rostock) schreibt: «Man hat im Winter ein 50 Prozent höheres Risiko, an einer Atemwegserkrankung zu sterben als im Sommer.

Die Sterblichkeit ist im Winter am höchsten.

Bei Kälte verengen sich zudem die Gefäße, so Rau weiter. Das führe vermehrt zu tödlichen Thrombosen und Herzinfarkten. Darum sei der Winter "der wahre Killer".

Die höchste Sterblichkeit wird jedes Jahr im Januar, Februar und März gemessen.

Meine eigene Forschung hat ergeben, dass die Sterblichkeitsrate in diesen Monaten 15 bis 20 Prozent höher ist als im Sommer.

Fazit: Die Erderwärmung der letzten Jahrzehnte ist ein Segen für die Menschheit.

Warum sind Lithium-Batterien gefährlich?

VON ELLEN WEIß

Jährlich verursachen Lithium-Akkus in Deutschland etwa 6.000 Brandfälle mit teils erheblichen Sachschäden. Ein Großteil ist auf Fehler beim Ladevorgang zurückzuführen. Die spektakulärsten Unfälle in Deutschland sind die Brände von Elektrobussen in Düsseldorf, Hannover und Stuttgart, wobei die Abstellhallen und die Busse vollständig verbrannt sind, weil ein Löschen praktisch unmöglich ist.



Brennende Busse in China

Das gilt insbesondere, wenn ein defekter Lithium-Akku an ein Ladegerät angeschlossen wird und die zugeführte Energie nicht mehr umgewandelt werden kann. Das kann durch verschiedenste Ereignisse verursacht werden. Etwa durch eine mechanische Beschädigung des Lithium-Akkus (Deformieren, Stoßen, Quetschen). Aber auch beim Laden von unbeschädigten Lithium-Akkus kann einiges schief gehen: Z.B. das Überladen des Akkus durch eine zu hohe Ladespannung, zu lange Ladezeit mit defekten Ladegeräten, Hitzeeinwirkung von außen oder Wärmestau beim Laden. Um diese Probleme zu vermeiden haben alle Ladestationen elektronische Steuerungen, um ein Überladen zu verhindern. Solche Steuerungen können aber

auch versagen und dadurch eine Zerstörung und schwere Unfälle verursachen.

Kurz gesagt: Beim Laden von Lithium-Akkus existieren viele Fehlerquellen. Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen bei Schadensfällen ist in der Regel die Frage, ob der Anwender beim Gebrauch des Lithium-Akkus fahrlässig gehandelt und somit den Brand schuldhaft herbeigeführt hat. Die folgenden Sorgfaltspflichten sollte man in jedem Fall beachten, da Zuwiderhandlungen nicht nur gefährlich sind, sondern auch von Juristen als fahrlässig eingestuft werden:

1. Laden von Li-Batterien nur mit ausreichendem Brandschutz,
2. Lithium-Akkus sollten niemals in der Nähe brennbarer Materialien aufgeladen werden,
3. Gleichzeitige Ladevorgänge dürfen nicht zu einer Netzüberlastung führen.

Die unkoordinierte Energiewende führt häufig zu neuartigen Situationen, die es vorher nicht gab. Es entscheiden oft Politiker und andere Fachfremde über ideologisierte Projekte, ohne Kritik anzunehmen oder zuzulassen, um sich ein Denkmal zu setzen. So kommt es dazu, dass trotz Warnungen unnötige Risiken eingegangen werden. Die Entscheider denken, dass sie niemals zur Rechenschaft gezogen werden, weil es praktisch keine Politikerhaftung gibt.

Digitale Überlebensregeln

VON RAINER SCHWARZ



Bild von Gerd Altmann auf Pixabay

In der heutigen Zeit, wo Computer, Elektronik und Technik alltäglich sind, werden wir von Fachbegriffen und komplexen Ausdrücken überschüttet, ja nahezu überfordert. Die Bedrohungen im digitalen Kosmos steigen und werden immer komplexer und raffinierter. Häufig verstehen nur noch Profis die Zusammenhänge und wissen, was zu tun ist, was man machen darf und wo Gefahren lauern. Aber eigentlich ist es einfach, ja selbstverständlich, wenn man sich an bestimmte „Spielregeln“ hält. Diese versuchen wir hier einmal, Ihnen näher zu bringen und eventuell haben Sie ja auch die ein oder andere Idee, was noch fehlen könnte. Wir sind für jede Anregung dankbar.

1. Zügeln sie Ihre Neugier! Was hat mir denn Martin da wieder geschickt? Wie kann man denn in so kurzer Zeit 1 Mio. Euro verdienen? Wovor muss ich vorsichtig sein? Wo gibt es das so günstig? Das sind alles legitime Fragen und sicher auch interessant. Aber auch Gefahren, die Sie dazu bewegen, etwas aufzurufen und anzuklicken, was einem Angreifer ermöglicht, Ihren Computer in Besitz zu nehmen, zu infizieren. Eigentlich alle erfolgreichen Angriffe haben damit zu tun, dass jemand einen Fehler gemacht hat, und meistens ist dieser Fehler provoziert. Das macht die Sache deutlich einfacher.

2. Lassen Sie sich nicht hetzen und überlegen Sie ruhig! Angreifer versuchen, Sie unter Druck zu setzen. Sie arbeiten mit Zeitdruck, um Sie zu Fehlern zu zwingen. Bleiben Sie ruhig! Wenn es wichtig und dringend ist, wird es andere Wege geben, um Sie zu informieren. Selbst bei wichtigen Themen muss man Ihnen eine ausreichende Frist geben. Und diese ist nie Stunden, selten Tage und meistens 1-2 Wochen. Genug

Zeit, um nachzufragen oder sich bei dem Gegenüber zu vergewissern.

3. Nimm immer das Original und nie einen vorgegebenen Link! In Emails wird häufig direkt zu dem Thema, um das es geht, ein sogenannter Link mitgeschickt. Man klickt darauf und schon sieht man das, was man wissen will oder ändern soll. Das ist bequem, aber auch gefährlich. Häufig verbergen sich hinter diesen Links nicht die wirklichen Adressen, sondern gefälschte Adressen, die Ihnen dann vorgaukeln, zum Beispiel Ihre Bank zu sein. Aus diesem Grund sollten Sie speziell bei unbekannten Absendern und Themen nie diesen Link verwenden, sondern z.B. direkt auf die Web-seite gehen und immer überprüfen, ob das denn wirklich eine vertrauenswürdige Adresse ist.

4. Lieber einmal zu misstrauisch als einmal zu leichtgläubig! Wenn Ihnen etwas suspekt vorkommt, dann vertrauen Sie Ihrem Bauchgefühl. Lassen Sie es! www.deutsche-bank.cn sieht

komisch aus, ist es auch. Sie werden aufgefordert, Ihre Daten einzugeben, welche eigentlich geheim sein sollten. Ihnen wird etwas versprochen, was zu gut ist, um wahr zu sein. Ihnen wird eine Erbschaft angekündigt von jemandem, den Sie nicht kennen. Alles verdächtig, Finger weg!

5. Sorgen Sie vor! Alles, was Ihnen wichtig ist, sollten Sie durch ein sogenanntes Backup sichern. Ja, das kostet. Aber, ob einem seine wichtigen Daten das wert sind, diese Frage muss jeder selbst beantworten. Wo und mit was kann man seine Daten sichern? Ganz einfach. Ein USB-Stick, wenn es nicht viel ist, oder eine externe Festplatte bieten Platz zur Sicherung Ihrer Daten. Sie können diese dann einfach kopieren oder ein Backup-Programm erwerben. Wichtig nach der Sicherung ist Datenträger abstecken und wegpacken, sonst ist der Virus schnell auch darauf.

Ebenso wichtig ist, nicht die letzte Sicherung überschreiben, sondern mehrere Versionen abspeichern.

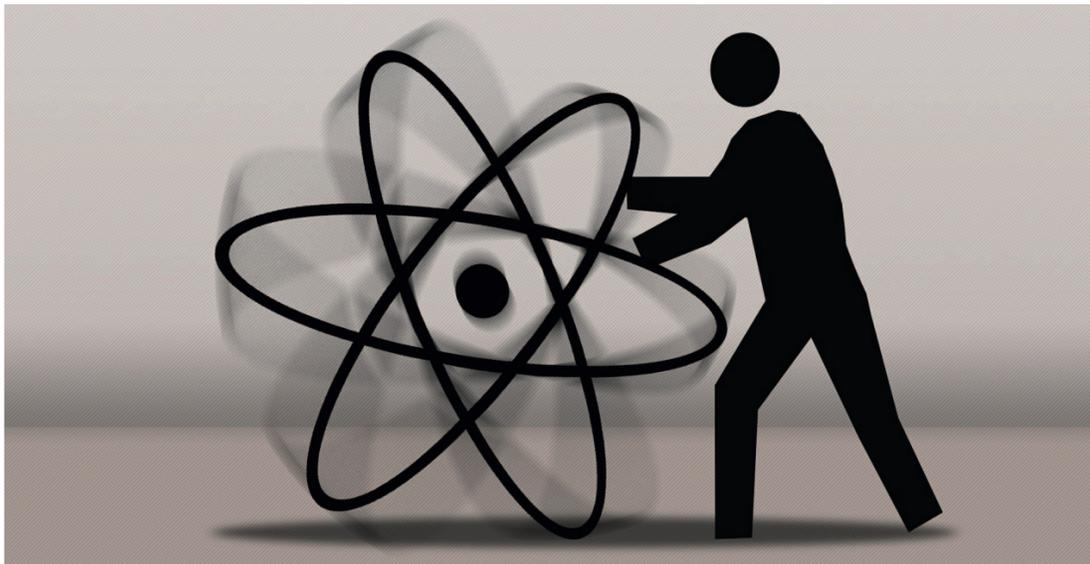
6. Erwarte das Unerwartete! Oder geht nicht, gibt's nicht. Wenn man das immer im Hinterkopf hat, besteht zwar die Gefahr einer Paranoia, aber man ist später nicht überrascht, wenn doch etwas passiert. Was wäre im schlimmsten Fall möglich? Wie kann man das dann verhindern oder den Schaden möglichst klein halten? Das sind hilfreiche Fragestellungen.

7. Niemand ist dein Freund! Auch, wenn eine Mail von einem Bekannten kommt, könnte es sein, dass sein Computer oder sein Mailzugang kompromittiert wurde. In diesem Fall gibt jemand vor, wer zu sein, dem du vertraust. Damit kann er dich zu Aktionen verleiten, die du bei einem Fremden nie tun würdest. Deshalb sei auch bei Bekannten skeptisch und vorsichtig!

8. Halte dein System auf dem aktuellsten Stand! Bei vielen Betriebssystemen ist mittlerweile ein Autoupdate Standard. Führen Sie es durch, und zwar so bald wie möglich. Verschieben Sie es nicht, bis es zu spät ist und die Sicherheitslücke ausgenutzt wurde!

Historischer Durchbruch bei der Energiegewinnung durch Kernfusion?

VON ELLEN WEIß



© Foto von Gerd Altmann auf Pixabay

Es kommt heutzutage sehr oft vor, dass eine Meldung von einem Medium aufgegriffen wird, und von anderen kritiklos übernommen und zur Sensation aufgeblasen wird.

So ist es bei der Meldung des Lawrence Livermore National Laboratory (LLNL, Kalifornien, USA) geschehen, das in seiner Pressemitteilung vom 13. Dezember 2022 bekannt gab, dass amerikanische Wissenschaftler an der National Ignition Facility (NIF) eine Fusionsenergie von 3,15 Megajoule (MJ) aus einem mit den Wasserstoffisotopen Deuterium und Tritium gefüllten Pellet freisetzen.

Dies entspricht 154 Prozent der verbrauchten Energie von 2,05 MJ des Laserpulses, der die Explosion ausgelöst hat.

Was war passiert?

Es wurde ein etwa 2 mm großes hohles Kugelchen aus Metall, welches mit dem Wasserstoffisotop Deuterium gefüllt war, mit gigantischen Laserkanonen beschossen.

Dadurch heizt sich das Innere des Kugelchens auf, sodass es explodiert und dadurch neben der hohen Temperatur auch unter hohem Druck gesetzt wird. Dabei wurde also 1 Megajoule Energie mehr erzeugt, als für den Laserstrahl eingesetzt wurde.

Das ist die Energie, mit der Sie Ihr Backrohr in der Küche etwa 15 Minuten beheizen können.

Und das ist die Sensation. Um dies zu erreichen, wurde nun 60 Jahre geforscht und viele Milliarden Dollar investiert.

Das ist wahrlich ein Durchbruch, zumindest aus wissenschaftlicher Sicht.

Aus der Sicht des Ingenieurs wird es nun noch weitere 50 bis 100 Jahre dauern, bis man aufbauend auf diesem Konzept - vielleicht - einen Reaktor bauen kann.

Man feiert also den Erfolg der Wissenschaftler und streut ein Hoffnungs-Bonbon ins Volk. Welcher Machthaber mit funktionierendem Propaganda-Apparat würde dies nicht so machen?

Und aus der Sicht des Bürgers, für den ja die Gazetten schreiben, ist es völlig bedeutungslos, denn es wird keinen Einfluss auf sein Leben haben.

Habeck treibt Wasserstofftechnologie an

VON ERICH LAUNIG

Am 20. September 2022 referierte der Wirtschafts- und Umweltschutzminister Robert Habeck vor deutschen Industriebossen in der Hamburger Elbphilharmonie.

Eingeladen hatte die Deutsche Wirtschaftsvereinigung SMS (Spaß muss sein). Die Veranstaltung war vollständig ausgebucht und Presse und Fernsehen waren mit Übertragungswagen vor Ort.

Der grüne Minister erklärte zu Beginn seiner Rede, wie wichtig die „Wasserstoffstrategie“ der Bundesregierung ist, und dass diese Entwicklung nicht mehr aufzuhalten sei.

Das erste Großtankschiff mit grünem Wasserstoff aus Katar ist in Hamburg gestern angekommen und wurde von der Bundesregierung und der Industrie freudig begrüßt.

Habeck erklärt den Anführern der deutschen Großindustrie, dass das Schiff nicht nur Wasserstoff transportiert, sondern eine innovative chemische Verbindung, die man Ammoniak nennt.

Diese Verbindung besteht zu 17 % aus dem begehrten grünen Wasserstoff.

Sie ist zwar sehr giftig und führt beim Einatmen zu Lungenlähmung, aber wenn man früh genug wieder an die frische Luft gehe, dann erhole man sich auch rasch wieder.

Der Wasserstoff kann mit Sauerstoff unter enormer

Energiegewinnung umgesetzt werden. Habeck lässt aber nicht nur andere denken und forschen, er selbst beteiligt sich auch an zukunftsweisenden Innovationen.

So habe er in seinem Garten einen großen Tank mit 8 Kubikmeter Volumen installieren lassen, in dem er 1 Tonne Wasserstoff lagert.

Dies könne jeder Besitzer eines Hauses mit einem kleinen Grundstück machen und so die abgasfreie Energiewirtschaft unterstützen.

In dem Tank lagert Habeck auch die entsprechende Menge Sauerstoff, mit der man den Wasserstoff nutzbar machen kann.

Diese Wasserstoff enthaltende Flüssigkeit, die Habeck in seinem Garten sammelt, wurde auch schon in der Landwirtschaft erfolgreich eingesetzt, was der grüne Landwirtschaftsminister Cem Özdemir kürzlich in einem ähnlichen Vortrag bestätigte. So erreicht man gleich zwei grüne Ziele der Bundesregierung, eine Lösung des Energieproblems und den Ausbau der Grünen Landwirtschaft.

Die Gewinnung der Wasserstoffverbindung sei sehr einfach, nur eine Leitung von der Dachrinne zu dem Tank sei nötig und bei entsprechendem Wetter füllt sich der Tank blitzschnell. ARD und ZDF produzierten sofort Sondersendungen, und in den Nachrichten wurden die guten Neuigkeiten weltweit verbreitet. (dpa)

Sie haben Interesse, sich bei der Bergischen Freiheit zu engagieren?

Wenn Ihnen die Zeitung gefällt und Sie sich bei dem Projekt engagieren möchten, zögern Sie nicht, uns anzuschreiben: Mail: redaktion@bergische-freiheit.de oder info@i-f-ge.de bzw. auf dem Postweg unter Bergische Freiheit -Redaktion-, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid.

Ob Sie uns auf interessante Themen hinweisen möchten, die Sie gerne in der Zeitung wiedersehen würden oder direkt einen Artikel beitragen wollen, ob Sie bei der Verteilung oder in der Administration unterstützen möchten,

wir würden uns freuen, von Ihnen zu hören.

Ihre Redaktion

Impressum Bergische Freiheit:

Verantwortlicher Verleger, Herausgeber und V.i.S.d.P.: Institut für Gesellschaftsentwicklung e.V. - Vereinsregister-Nr.: 558/2022 beim Amtsgericht Köln vertreten durch: Iris Plehn, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid, E-Mail: info@i-f-ge.de - Redaktion: Iris Plehn (verantwortlich)

Presserechtliche Ansprüche im Zusammenhang mit Veröffentlichungen und Anfragen aller Art richten Sie bitte an: redaktion@bergische-freiheit.de

Bergisch Gladbach

Interview mit dem Sachkundigen Bürger
Dr. Dipl. Ing. Helmut Waniczek

VON ELLEN WEIß



Foto Dr. Helmut Waniczek

Ellen Weiß: Herr Dr. Waniczek, Sie sind Sachkundiger Bürger im Rheinisch Bergischen Kreis und in Bergisch Gladbach. Auf welchen Gebieten sind Sie sachkundig und warum?

Dr. Waniczek: Zuallererst möchte ich mich bedanken, dass Sie als Redakteurin der Bergischen Freiheit dieses Interview mit mir machen.

Die lokale Presse ist ja sehr parteiisch und lässt nur linke und grüne Stimmen zu Wort kommen.

Ich melde mich als Sachkundiger Bürger zu Themen zu Wort, bei welchen ich als Chemiker und Ingenieur mit vielen Jahrzehnten industrieller Erfahrung zur gesellschaftlichen Diskussion beitragen kann.

Durch meine Ausbildung fühle ich mich sachkundig auf den Gebieten Energie, Umweltschutz, Klima und vor allem bei Wasserstoff, da ich Fabriken geleitet habe, in denen Hochdruckwasserstoff gehandhabt wurde.

Ellen Weiß: Gerade Wasserstoff ist ja ein wichtiges Thema in Deutschland und im Rheinland, da die Politik hier einige Projekte angestoßen hat, um die Verwendung von Wasserstoff als Treibstoff zu fördern. Wie stehen Sie zu diesen Projekten?

Dr. Waniczek: Es gibt eine Vielzahl von Projekten, von H2R angefangen, welches ein sehr umfangreiches Infrastrukturprojekt zur

Verteilung des Wasserstoffes ist bis zum Mobilhof in Moizfeld. Bei allen Projekten zeichnet sich ab, dass sie nicht wirtschaftlich sind, beziehungsweise den Bürger sehr viel kosten. Keines dieser Projekte könnte ohne Subventionen realisiert werden.

Mit Subventionen von 50 bis 80 % kann man natürlich fast jedes Projekt schönrechnen, aber wenn jener, der die Produkte des Projektes kaufen muss auch jener ist, der die Subventionen bezahlt, dann ist das eine Milchmädchenrechnung.

Zumal, wenn diese Projekte ökologisch nur einen Scheinnutzen bringen.

Die Wasserstoffbusse im Rheinisch Bergischen Kreis fahren mit Wasserstoff, der aus den umliegenden Chemiebetrieben stammt, wo er bisher zur ökologisch sauberen Stromerzeugung eingesetzt wurde, aber nun durch Erdgas ersetzt wird.

Die Verwaltung präsentiert dann ein Ökozertifikat aus einer Anlage in Mainz, verwendet aber weiter den Chemiewasserstoff. Es ist auch völlig unklar, ob die Elektrolyseanlage in Mainz bei den jetzigen Strompreisen überhaupt produziert.

Es gibt in Deutschland bereits Elektrolyseanlagen, die mit Millionen an Steuergeldern subventioniert wurden, und nach Fertigstellung nicht in Betrieb gehen, weil der Wasserstoff zu den Herstellkosten unverkäuflich ist.

Das ist so in Wunsiedeln geschehen, wo Bayerns größte Elektrolyseanlage mit 15,5 Mio. € Steuergelt errichtet wurde, und nach der Einweihung mit viel politischem Pomp nun bekannt gegeben wurde, dass der Betrieb eingestellt wird. Grund sind die hohen Strompreise aus den Windkraftanlagen, die sich kurioser Weise wegen der „Strompreisbremse“ der Bundesregierung so verteuern, dass die Wasserstoffherstellung unwirtschaftlich ist.

Ellen Weiß: Herr Dr. Waniczek, der Mobilhof in Moizfeld soll aber doch ein Leuchtturmprojekt sein, wie Herr Schmalt von der SPD meinte.

Dr. Waniczek: Das Mobilhofprojekt hat bisher noch kein verwertbares Ergebnis gezeigt, man kennt noch nicht einmal die Herstellkosten des Wasserstoffes, und wenn sie einmal veröffentlicht werden sollten, dann sicher so, dass die Subventionen zur scheinbaren Senkung der Herstellkosten eingerechnet werden.

Aber dieses Projekt hat neben der Tatsache, dass es voraussichtlich unwirtschaftlich sein wird, noch andere Nachteile.

Es sollen dort Batterie- und Wasserstoffbusse unter einem Dach eingestellt werden.

Wir wissen, dass in Neuss eine E-Bushalle vollständig abgebrannt ist, auch in Stuttgart sind eine derartige Halle und die Busse vollständig durch einen Brand zerstört worden, und international gibt es noch weitere Beispiele für solche Unfälle.

Lithium-Batterien dürfen nicht vollständig aufgeladen werden, da es dann zu Kurzschlüssen kommen kann.

Deshalb ist die Aufladung auf ca. 80% begrenzt. Wenn diese Begrenzung nicht funktioniert, dann kann es zu einem Brand kommen.

Es können sich beim Aufladen auch Kristalle in den Batterien bilden, welche die dünnen Isolierungen durchbohren und zu einem Kurzschluss führen können.

Die Auswirkungen sind immer verheerend, weil in einer Kettenreaktion die weiteren Batteriezellen durch die hohen Temperaturen des Kurzschlusses zerstört werden, sodass es fast zu einer Explosion kommt.

Aber bei dem Mobilhof-Projekt

kommt noch etwas dazu. Es sind nicht nur die E-Busse, die eine gewisse Gefahr darstellen, daneben sollen Wasserstoffbusse geparkt und betankt werden.

Auch soll in unmittelbarer Nähe noch eine Fabrik zur Herstellung von Wasserstoff mit größeren Lagertanks entstehen.

Jede dieser Einrichtungen bedingt eine gewisse Gefahr. Konzentriert man aber drei Risiken auf einem Gelände, dann kommt es auch zu einer Multiplikation der Risiken, und die Auswirkungen einer Betriebsstörung sind stark erhöht.

Ellen Weiß: Aber Bergisch Gladbach hat ja eine gut ausgerüstete und funktionierende Feuerwehr zur Brandbekämpfung?

Dr. Waniczek: Die Feuerwehr würde in spätestens 8 Minuten vor Ort sein. Aber schon nach wenigen Minuten könnte so ein Brand die gesamte Anlage erfassen.

Es gibt Filme von Busbränden, bei denen man sieht, wie rasch sich diese Brände von einem Bus zum anderen ausbreiten. Die Bushallen in Neuss und Stuttgart sind vollständig abgebrannt, die Feuerwehr konnte nur den Übergriff der Brände auf andere benachbarte Einrichtungen verhindern. Ich bin gespannt, wie die Genehmigungsbehörden das sehen.

Ellen Weiß: Die Bushalle soll doch auf dem Dach mit einer riesigen Solaranlage ausgestattet werden, sodass doch sehr günstiger Solarstrom zu Wasserstoff umgearbeitet werden kann. Sehen Sie das als einen wirtschaftlichen Vorteil?

Dr. Waniczek: Die Elektrolyseanlage zur Herstellung des Wasserstoffes soll einen Anschlusswert von 1,5 MW haben. Bei 8700 Stunden Betrieb verbraucht sie 13.000 MWh Strom. Die Solaranlage mit 500 kWp wird in unseren Breiten pro Jahr 400 MWh produzieren, also gerade mal 3 % des Bedarfes.

Die restlichen 12600 MWh sollen als sogenannter „grüner“ Strom aus dem Netz bezogen werden.

Wie wir wissen, wird das Scheitern der Energiewende ja gerade offensichtlich. Herr Habeck braucht abgeschaltete Kohlekraftwerke, und Braunkohlekraftwerke laufen auf Hochtouren. Das wird sicher noch viele Jahre so bleiben.

Die Anlage in Moizfeld würde also aus Kohle Wasserstoff herstellen, aber auf einem sehr verlustreichen und kostenintensiven Weg.

Das Problem ist, dass Wasserstoff wirtschaftlich nicht geeignet ist, um unsere Busflotte zu betreiben, denn auf dem Weg vom Strom zum Antrieb gehen 75 % der Energie verloren.

Ellen Weiß: Aber kann man nicht auf diesem Weg Emissionen, vor allem an CO2 einsparen?

Dr. Waniczek: Die Auswirkungen von CO2 auf unser Klima sind so marginal, dass eine Einsparung sinnlos ist. Aber das wäre ein anderes Thema, zu dem wir gerne künftig sprechen können.

Hier ist das Problem, dass doch nicht einmal CO2 eingespart wird, weder bei der Verwendung des Chemiewasserstoffes, noch bei der Produktion von Wasserstoff aus Kohlestrom.

Ellen Weiß: Können Sie eine alternative zu den Dieselbussen nennen, die wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll wäre?

Dr. Waniczek: Ein sinnvoller Weg wäre, auf batteriegestützte Oberleitungsbusse umzusteigen. Dabei könnte man die Busse in den Außenbezirken per Oberleitung betreiben und die Batterien während der Fahrt aufladen, um dann in der Innenstadt ohne Oberleitungen mit den Batterien zu fahren.

Es könnten weniger leistungsfähige Batterien eingesetzt werden die weniger störanfällig sind, das gefährliche Schnellladen könnte vermieden werden, und es würde der Strom aus dem Netz ohne verlustreiche Umwandlung in Wasserstoff verwendet.

Über die Kosten eines derartigen Systems kann ich keine Aussage machen, dafür wären Studien nötig. Es scheint mir aber eine sinnvolle Lösung, die alle Aspekte berücksichtigt.

Ellen Weiß: Haben sie diesen Vorschlag schon in den Ausschüssen gemacht?

Dr. Waniczek: Ja, das habe ich.

Ellen Weiß: Herr Dr. Waniczek, danke für Ihre Zeit und die Informationen. Darf ich Sie jetzt auf ein CO2-freies Kölsch einladen?

Dr. Waniczek: Ja, gerne, aber Kölsch trinke ich immer nur mit Kohlensäure!

Kürten

Kürten hat ein Gewaltproblem ... und niemand will unangenehme Entscheidungen treffen

VON PETER BERGHOFF



© Foto von fhpicture04 auf Pixabay

Es ist nicht das erste Mal, dass man in Kürten über Vandalismus diskutiert.

Immer wieder kam es in den letzten Jahren zu Graffiti, Vermüllung und Beschädigungen,

oft in Verbindung mit sozialen oder kirchlichen Einrichtungen.

In Abständen wurde das Thema dann diskutiert und die üblichen Lösungsansätze des derzeitigen Zeitgeistes umgesetzt.

Mehr Sozialarbeiter, mehr Verständnis für die Täter, mehr Leistungen für die Zerstörer. In dem guten Gefühl, auf der moralisch richtigen Seite zu sein, werden bis jetzt die Augen vor den eigentlichen Ursachen

verschlossen.

Die Kernursache ist das grün-sozialistische Dogma, die eigene Kultur zu entwerten und durch eine übernationale Weltkultur zu ersetzen. Und das wirkt auch in Kürten und nicht nur in Köln.

Das die Zerstörung der eigenen Kultur und damit des Wertesystems nicht zur friedlichen Glückseligkeit führt, ist jedem klar, der sich mit gesellschaftlichen Mechanismen beschäftigt. Gesellschaftliche Gruppen konkurrieren miteinander und das eben auch mit Gewalt und Zerstörung.

Der Konkurrenz zu schaden, ist eben eine menschliche Eigenschaft, insbesondere, wenn deren Schädigung gesellschaftlich hoffähig gemacht wird, wie es derzeit mit politisch Andersdenkenden geschieht und wenn Gewalt durch die „Richtigen“ verschwiegen, legalisiert oder tabuisiert wird.

Das beginnt mit einer Kultur der Kritikunfähigkeit. Auf Fehler in

vorgegebenen Strategien darf nicht hingewiesen werden, und wer es dennoch wagt, wird geächtet.

Es geht weiter bei der Erziehung der Kleinen, die zum Spielen nicht nach draußen sollen, sondern das Kuschel-Komfort-Paket in den eigenen vier Wänden genießen und keine häusliche Verantwortung übernehmen müssen.

Schließlich wird die kommende Generation in grün-sozialistischer Manier darin unterrichtet, dass die Gesellschaft für alles verantwortlich ist und dafür zu sorgen hat, dass alle gleich sind.

Das es dadurch im pubertären Kopf zu verqueren Gedanken kommt, ist nicht verwunderlich. Damals wurde einem jedoch vorab das Einhalten des Wertesystems beigebracht und im Zweifel wurde man zur Rechenschaft gezogen. Heute bleibt man pubertär bis ins Rentenalter.

Wermelskirchen Stadtverschönerung und wilde Deponie



© Foto von I-f-GE

Es ist das Interesse der Bürger wie auch der Stadtverwaltung, die Stadt Wermelskirchen lebenswert zu erhalten und zu verschönern.

Dazu werden Millionen ausgegeben, bzw. verplant (beispielsweise für den Loches-Platz, die Hüpp-Anlagen oder auch Radwege).

Zugleich nimmt die Vermüllung in der Stadt weiter zu, wengleich eine Anfrage der AfD Ratsfraktion im Juni 2022 ergab, das Müllaufkommen sei gleichbleibend.

Zu einem Schandfleck entwickelt sich mehr und mehr die Altglas-, Kleidersammelstelle in der Jörgensgasse, nahe den Bürgerhäusern der Stadt gelegen.

Der dortige Zustand hat sich in den letzten zwei Jahren stetig verschlechtert und ihm wurde lediglich kurzfristig möglicherweise dadurch abgeholfen, indem in der Nähe wohnenden Personen ein Großgefäß bereitgestellt wurde. Nunmehr ist, wie die beigefügten Bilder vom 02. Februar 2023 zeigen, ein Zustand eingetreten, dem dringend abgeholfen

werden müsste. Wurde zuvor der Müll noch in Tüten oder in Säcken verpackt abgestellt, so wird er jetzt dort ausgeschüttet. Dieser Sachstand ist weder den Anwohnern noch den Gästen oder Besuchern der Stadt zumutbar, die dort parken, vorbeigehen oder vorbeifahren.

Dieser Ort vermittelt den Schülern der nahen Grundschule, des Berufskollegs und Familien auf dem Weg in die Parkanlagen, in den Kindergarten nicht das erstrebenswerte Bild einer schönen, aufgeräumten Stadt. (HL 02/2023)

Wermelskirchen Bäckerei Evertzberg vorbildlich

VON MARCUS SCHMIDT

Wie Ihnen vielleicht inzwischen bekannt geworden ist, hat die EU, wie üblich über alle Köpfe hinweg, beschlossen, Insekten als Nahrungsmittel zuzulassen. Ob damit der Weg zum „Kunstschnittel“ gebahnt werden soll, lassen wir mal offen.

Die EU-Durchführungsverordnung 2023/5 verfügt, dass ein vietnamesisches Unternehmen (Cricket One) ein teilweise entfettetes Pulver aus der Hausgrille in der EU vertreiben darf. Auch das als Heimchen bekannte Insekt, Larven des Getreideschimmelkäfers, Wanderheuschrecken und Larven des Mehlkäfers sind als Lebensmittel erlaubt.

Das Pulver der Hausgrillen kann u.a. in Brot und Brötchen, Keksen und Crackern, Backmischungen und Teigwaren, Soßen und Suppen, Fleisch- und Milchersatz, Kartoffelerzeugnissen oder Schokolade vorkommen.

Aber "keine Sorge", die Kommission "stellt klar", dass "jeder" selbst entscheiden kann, ob er Lebensmittel mit oder ohne Insekten kauft.

Achten Sie deshalb unbedingt auf folgende Zutaten im sehr Kleingedruckten, insbesondere wenn sie gegen Hausstaubmilben allergisch sind:

"**Acheta domestica**" (Heimchen, Hausgrille) gefroren oder getrocknet/pulverförmig
 "**Alphitobius diaperinus**" (Getreideschimmelkäfer), gefrorene Larven bzw. Pulver daraus
 "**Tenebrio molitor**" (Mehlwürmer)
 "**Locusta migratoria**" (Wanderheuschrecke).

Bei Backwaren wenden Sie sich unbedingt an die Bäckerei Ihres Vertrauens, z.B. an die Wermelskirchener Bäckerei Evertzberg, die mit ihrem Namen und folgendem Schild dokumentiert, was sie von solchen Ideen der EU hält.



© Foto von I-f-GE

Schloss Nordkirchen

VON PETER BERGHOFF



Foto © I-f-GE

Auch früher lebte man schon auf großem Fuße, vielleicht sogar noch mehr als heute. Das weitläufige, barocke Wasserschloss mit Gräften, Gärten und Parks mit Skulpturen und einer kostbaren Innenausstattung gilt als das

"westfälische Versailles" und in der Tat ist es ein spektakuläres Ensemble.

Das hatte 1694 der Fürstbischof Friedrich Christian von Plettenberg beim Kauf der Wasserburg vom Herren von

Morrien wohl auch im Sinn. Als Fürstbischof von Münster hatte man schließlich zu repräsentieren.

Der eigentliche Bau erfolgte durch seinen Sohn Ferdinand Wilhelm Adolf Franz von

Plettenberg, Kurkölnischer Premierminister.

Die bestehende Wasserburg wurde daher gleich abgerissen und das prächtige Schloss im Barockstil für 250.000 Taler (= 11 Mio. €) zwischen 1708 – 1734 erbaut, also auch nicht viel länger als der Berliner Flughafen.

Dieser war aber mit 5,3 Milliarden noch etwas opulenter.

Im Laufe der Jahrhunderte verlor der Adel seine finanziellen Mittel und so ging der Besitz zunächst 1903 an Herzog Engelbert von Arenberg und wurde ab 1922 durch die Reichspost als Erholungsheim und ab 1933 durch die NSDAP als Gauführerschule vermietet.

Ab 1949 wurde es dann als Landesfinanzschule vom Land Nordrhein-Westfalen genutzt und in diesem Zusammenhang auch renoviert.

Der Besuch des Schlosses lohnt sich auf alle Fälle, liegt es doch nicht weit von unserer Region. Dabei ist nicht nur die prachtvolle Schloss- und Gartenanlage sehenswert, für die man am besten eine Führung bucht, um die Bedeutung der Details erfassen zu können.

(<http://www.schloss.nordkirchen.net/>) Es ist auch die Landschaft mit ihren fruchtbaren Böden, dem ebenen Landschaftsbild und der großen Anzahl von Wasserflächen, die so anders als das Bergische ist und damit einen exotischen Eindruck vermitteln.

Hat man etwas mehr Zeit mitgebracht, findet man in der Umgebung viele weitere Attraktionen.

Web: <https://www.nordkirchen.de/de/tourismus/schloss-park/tourist-info/>
Tel.: 02596 917-500
Mail: tourismus@nordkirchen.de

Bayerischer Wald – Vertraut und fremd zugleich

VON PETER BERGHOFF

Wer aus dem heimeligen und wunderschönen Bergischen Land kommt, der hat hohe Erwartungen, wenn er in andere Regionen fährt. Der Bayerische Wald aber kann diese Erwartungen in jeder Hinsicht befriedigen.

Im Ländereck zwischen Deutschland, Österreich und Tschechien gelegen, sind die westlicheren, tiefer gelegenen Gebiete durch kleingliedrige Wechsel von Wald-, Feld- und Ackerflächen geprägt. Die strukturreiche Kulturlandschaft

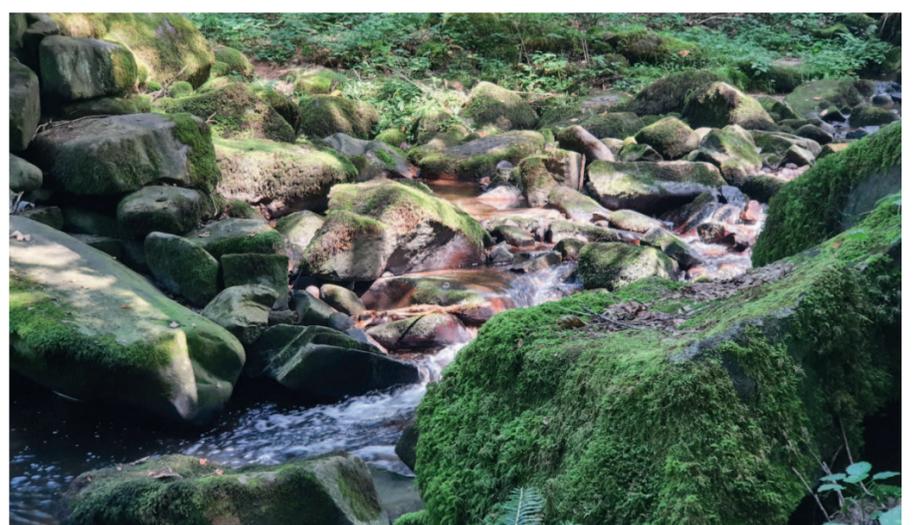
bietet aber nicht nur Naturerlebnisse wie zum Beispiel die Saußbachklamm nahe Waldkirchen, sondern auch eine Vielzahl von kulturellen Sehenswürdigkeiten. Das Natursteinmuseum „Steinwelten“ in Hauzenberg sei hier nur

beispielhaft genannt. Eine umfangreiche Liste kann dem Internet entnommen werden. Wer es etwas sportlicher mag, der findet im östlichen Teil nahe der tschechischen Grenze große Waldgebiete auf Bergzügen bis über 1300 mNN.

Alles in allem ein sehr lohnenswertes Urlaubsziel, das fast alle Wünsche befriedigt. www.bayerischer-wald.de
<https://wanderzauber.de/wandern-bayerischer-wald/>
www.ostbayern-tourismus.de/region/der-bayerische-wald



4 Fotos © I-f-GE



14 | Gesundheit · Kultur

Nach der Zwangsimpfung nun Zwangsernährung mit Insektenmehl

VON HELMUT REITER

Rinderwahnsinn schon vergessen?

Die EU-Kommission hat nun beschlossen, Insektenmehl als Nahrungsmittel für Menschen zuzulassen.

1985 gab es den ersten Ausbruch von Rinderwahnsinn, kurz BSE genannt. Die Tiere wurden ängstlich oder aggressiv und konnten sich nicht mehr auf den Beinen halten. Im Endstadium sah das Hirn wie ein löchriger Schwamm aus. Damals wurde bei über 180.000 Rindern BSE diagnostiziert. Alle Tiere wurden getötet und unter strengen Sicherheitsmaßnahmen entsorgt. Springen Krankheiten von Tieren

auf Menschen über, sprechen wir von Zoonose, was angeblich auch bei Corona der Fall war. Auch bei BSE handelt es sich um eine Zoonose, die in der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (nvCJD) vereinzelt auf Menschen überging.

BSE und nvCJD verlaufen bei Tier und Mensch immer tödlich.

Im Gegensatz zu anderen Seuchen wurde BSE nicht durch Viren oder Bakterien verursacht, sondern durch fehlgeformte Eiweiße (Prionen), die zur Zersetzung des Hirns führten.

Bestimmte Teile der toten Tiere (Schädel, Hirn, Augen, die

Mandeln, Teile des Darms und das Rückenmark) dürfen deshalb bis heute nicht mehr zu Tiermehl verarbeitet werden.

Biologen sehen Tiermehl grundsätzlich kritisch.

Nun sollen die Bürger Insektenmehl essen, wobei bekannt ist, dass Chitin (der Panzer der Insekten) für Säugetiere ein starkes Allergen ist, es feuert das Immunsystem an und wird deshalb mit der Entstehung zahlreicher Krankheiten in Zusammenhang gebracht und kann einen anaphylaktischen Schock auslösen. Der Hinweis, dass Asiaten Insekten essen, ist nicht

stichhaltig, denn Allergene können so spezifisch wirken, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft anders reagieren.

So sind Europäer manchmal gegen Stäube südamerikanischer Hölzer allergisch, und Südamerikaner gegen europäische Holzstäube.

Außerdem enthalten Insekten unzählige human-pathogene Keime und Parasiten.

Wieder beschließen ahnungslose Politiker über Menschen, ohne deren Meinung, Willen und Kultur zu berücksichtigen, und ohne ausreichende Prüfung ihrer Maßnahmen.

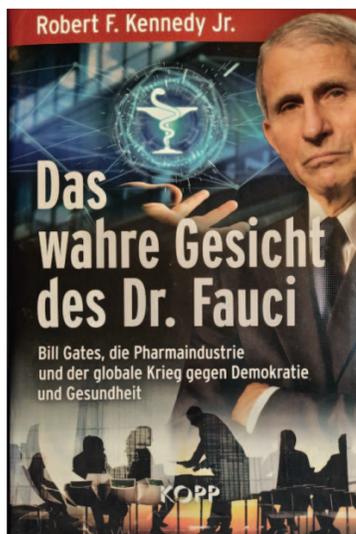
Gerade sind wir dabei, die Skandale der Zulassung der Corona-Impfstoffe aufzuarbeiten, schon kommt die nächste unüberlegte Maßnahme.

Skandalös auch der Beschluss, das Insektenmehl in alle möglichen Lebensmittel zu mischen, sodass der Bürger schon von vornherein überfordert ist, sich zu informieren.

Wer liest schon bei jedem Lebensmittel, das eingekauft wird, penibel die Zutatenliste? Passiert dann ein Unglück, dann ist natürlich der Bürger selber schuld, es stand ja drauf!

Buch-Tipp

"Das wahre Gesicht des Dr. Fauci", von Robert F. Kennedy Jr.



Robert F. Kennedy Jr.,

Das wahre Gesicht des Dr. Fauci, Bill Gates, die Pharmaindustrie und der globale Krieg gegen Demokratie und Gesundheit,

Kopp Verlag 2022, Euro 29,99

In zwölf Kapiteln bzw. auf 864 Seiten, davon allein 139 Seiten mit Quellenangaben, bezogen auf die jeweiligen Kapitel, stellt das anscheinend sorgsam mit Nachweisen für seine Behauptungen belegte Buch von Robert F. Kennedy Jr., dem Neffen von John F. Kennedy, eine kritische Bestandsaufnahme über die Moral und Qualität der Arbeit des obersten Gesundheitswächters in den USA, Dr. Antony Fauci, dar.

Spätestens seit der Corona-Krise ist er wohl vielen Menschen hier in Deutschland bekannt. Von ihm kamen

Handlungsmaxime zur Bewältigung der Krise, die wiederum in Deutschland durch Dr. Lauterbach aufgenommen und umgesetzt wurden.

Wie es jedoch um die Rechtmäßigkeit, Richtigkeit und moralische Grundlage von Dr. Faucis Handlungsanweisungen bestellt war und ist, wurde vom Autor untersucht und in o.g. Werk dargestellt.

Dabei blickt er zunächst auf die aktuelle bzw. jüngst zurückliegende Corona-Krise und deren Bewältigung durch den „NIAID-König“ Dr. Fauci (eine der Gesundheitsbehörden in den USA).

Der Autor geht mit Faucis Krisenmanagement äußerst kritisch um, indem er von willkürlichen Dekreten und wissenschaftsfreier Medizin spricht, die die Amerikaner in eine „nationale Massenpsychose“ stürzt.

Durch Maskenzwang für die Bürger beispielsweise und deren soziale Isolation konnte darüber hinaus politischer Widerstand schwer organisiert werden.

Hilfreiche und preiswerte Medikamente, wie Hydroxychloroquin und Ivermectin, wurden von Dr. Fauci ausgeschlossen, um neue teure und nicht getestete Impfstoffe und das umstrittene Remdesivir auf den Markt zu bringen, an denen die Big-Pharma-Industrie in großem Stil verdient und verdient hat. Der Autor stellt in diesen

Zusammenhang ebenfalls den „Rekord an Todesfällen“ und die hohe Anzahl der Impfschäden dar, für die die Big-Pharma-Firmen nicht haften müssen.

Die Haftung geht zu Lasten der amerikanischen Steuerzahler.

Robert F. Kennedy Jr. zeigt detailliert auf, wie Bill Gates und Dr. Fauci durch Angstmacherei und Übertreibung Regierung und Volk manipuliert haben und auch weiterhin manipulieren, um Geld, Macht und Einfluss für den Militärisch-Industriellen Komplex, den Pharmazeutisch-Industriellen Komplex und für sich anzuhäufen.

Mit moralischen Argumenten etwa, man werde der afrikanischen Bevölkerung helfen, um die HIV-Infektionszahlen zu senken und die Corona-Krise zu überwinden, treten sie in Talkshows auf. Sie finanzieren aber Impfungen der Afrikaner, um sie als Versuchskaninchen z.B. in Uganda zu benutzen. Robert F. Kennedy Jr. hat ebenso Dr. Faucis Wirken während der HIV-Krise in den 80er und 90er Jahren untersucht.

Seine Ergebnisse ergeben ein Bild von Dr. Fauci, das ihn als sehr erfinderisch und erfolgreich zeigt, wenn es darum ging, Gelder für die Aids-Forschung von der Regierung zu erhalten.

Für sein Vorgehen während der Aids-Krise hat Dr. Fauci einen Vorgehensplan entwickelt, den man durchaus als Blaupause für

die Bewältigung der Corona-Krise hernehmen kann.

Allerdings hat er keine großen Erfolge damit erzielen können.

Die gegen Aids entwickelten Impfstoffe waren genauso erfolglos wie die gegen Corona, aber dennoch wurden Impfnarrative ausgesprochen, wurde mit der Angst der Menschen manipuliert.

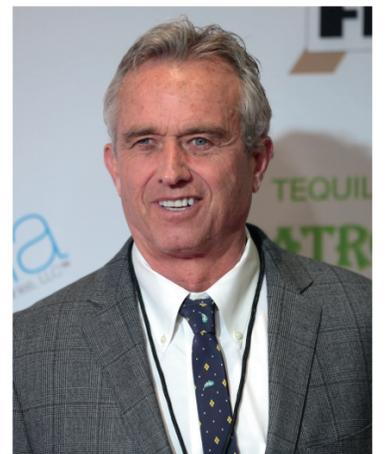
Alles in allem ist das Buch ein sehr lehrreiches Werk, wenn man die scheinbar unlogischen Vorgänge in der aktuellen Krise, durch den Nachweis von Korruption und Vetternwirtschaft bis hin zur Regierungsebene allerdings glasklar in Erscheinung tretend, nach der Lektüre dieses Buches nachvollziehen kann.

Dieses Netzwerk an Machmissbrauch und Korruption, auch über die Grenzen der USA hinaus (Europa und auch Deutschland betreffend), ist das Werk von Dr. Anthony Fauci, der offiziell zum Ende 2022 nach einem halben Jahrhundert Strippenzieherei in den Ruhestand geht.

Dieses halbe Jahrhundert hat er nicht zum Wohle der Menschen genutzt.

Hat man das Buch gelesen, denkt man anders über die nationalen und internationalen irrational erscheinenden Vorkommnisse der Vergangenheit ab dem zweiten Weltkrieg und der Gegenwart und vor allem dabei über die Rolle der USA in der Welt.

Robert F. Kennedy Jr. kann wie kein zweiter Licht in dieses bedrückende Dunkel bringen. (IP 09.2022)



Gage Skidmore, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Die Auflösung des Kreuzworträtsels von Seite 16

LEGEIPESS KUSMUTLKIENEB

Rezension „Ausverkauf“. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ im DuMont-Supermarkt, von Hermann Conen, 2019

VON LÄTITIA CAPUCCI



Es war vor ca. 56 Jahren. Ich erinnere mich noch sehr genau an meine ständige Frage an meinen Vater, wenn er abends von der Arbeit kam: „Hast du mir was mitgebracht?“ Seine ebenso ständige Antwort war: „Nein, warum soll ich dir etwas mitbringen? Du hast doch keinen Geburtstag! Ich kann dir nicht immer etwas mitbringen.“ Schmollen auf meiner Seite.

Dann wurde ich krank. Ich hatte Masern und musste einige Zeit zu Hause bleiben und im verdunkelten Wohnzimmer auf der Couch liegen. Ich ging noch in den Kindergarten. Wieder hatte ich wohl meinen Vater ermahnt, mir doch endlich etwas mitzubringen. Er hatte offensichtlich Mitleid. Er kam nach Hause und sagte: „Heute habe ich dir etwas mitgebracht.“ Er gab mir die kleine Figur von Oskar, dem freundlichen Polizisten. Damals hatte er noch eine kleine Ausgabe des Kölner Stadt-Anzeigers in der Hand, während er den Kopf drehte und gleichzeitig den imaginären Verkehr regelte. Ich war sehr glücklich, doch wusste ich nicht so recht, wie ich ihn in mein Spiel integrieren konnte. Er passte so gar nicht in die bürgerliche Puppenstube. Nichtsdestotrotz hob ich ihn auf

zum Andenken daran, dass mich mein Vater endlich erhört hatte. Heute weiß ich, an der Rezension schreibend, dass Oscar, der freundliche Polizist, die Hauptfigur eines Comics im Kölner Stadt-Anzeiger war und wohl zu Werbezwecken auch in Plastik geschaffen wurde. Heute weiß ich auch, dass das Gesicht meines Oskars mit dem angeklebten Schnauzbart, der wie auf wunderbare Weise noch immer nach all den Jahren vorhanden ist, wohl dem Verleger des „Kölner Stadt-Anzeigers“ Alfred Neven DuMont, nachempfunden ist. Das kann man auf der Seite 126 des Buches sehr gut nachvollziehen, finde ich.

Was hat das alles zu bedeuten und warum beschäftigt sich Conen in seinem Buch mit den DuMonts? Die Antwort ist hochinteressant. Es ist letztendlich die Suche nach der Antwort auf die Frage: Was hat der „Kölner Stadt-Anzeiger“ noch mit einer Zeitung und mit einem unabhängigen Journalismus zu tun? Auf 215 Seiten und in sechs Kapiteln holt der Autor weit aus, denn der „Kölner Stadt-Anzeiger“ (fortan KSTA) ist mehr als 140 Jahre alt und begann ursprünglich als Anzeigenblatt mit einer Auflage von 30.000 Exemplaren. Heute hat er eine Auflage von 240.000 Exemplaren und ist schon lange eine Zeitung geworden. Aber dabei ist es nicht geblieben. Der Autor spannt bei seiner kritischen Untersuchung den Bogen von den Ursprüngen über die Krisen bis hin zum Medien-Konzern DuMont. Es ist auch die Geschichte einer Zeitung, die ursprünglich regional und liberal berichtete. Im Rheinland hat sie immerhin das Print-Monopol und diese regionale Presse-Monopolisierung ist jahrelang geduldet worden. Durch etliche Beteiligungen und Kooperationen, KultCrossing, Ticketservice,

Tourismus etc. betreibt der KSTA mittlerweile Wirtschafts-förderung. Hier liegt der Bezug zum Titel „Ausverkauf“ und „DuMont-Supermarkt“.

Conen trägt die Aussagen von fünf verschiedenen Presse-Organisationen zusammen, die unisono konstatieren so zu arbeiten, dass sie der Wahrheit verpflichtet berichteten und Qualitätsjournalismus anböten. Auch der DuMont-Verlag ist dabei. Seine Journalisten beziehen sich dabei direkt oder indirekt auf die Aussage Charles Wheelers von der BBC London: „Ein seriöser Journalist macht sich mit keiner Sache gemein, auch nicht mit einer guten.“ Das Thema „Unabhängigkeit“ wird also groß und sich auf die Fahnen geschrieben, auch bei den „DuMonts“.

Der Autor weist aber nach, dass mittels seiner vielen Kooperationen der KSTA bzw. der DuMont-Verlag schwerlich zwischen Werbung und Redaktion trennt. Er weist auch nach, dass der DuMont-Verlag, die „Macht am Rhein“, längst zum politisch-medialen Komplex geworden ist. Diese Machtposition wirkt sich als regionaler Treiber aus, der den Menschen diese Rolle der politischen Einflussnahme psychologisch positiv darstellt. Dabei geht es um die Themen Migration, Globalismus, EU und Euro-Rettung, Digitalisierung, Umweltschutz, Klimawandel und vermutlich andere Themen, die da noch kommen werden. Der KSTA hat allerdings seine Nähe zu den Lesern und Kölnern in einer Situation positiv bewiesen. Das war seine chronologische Berichterstattung nach den scheußlichen und verabscheuungswürdigen sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen durch Migranten in der Kölner Silvesternacht vom

31.12.2015. Die Opfer wollten, dass die Wahrheit ans Licht kam und die Politik konnte dann auch nicht mehr etwaige Tatsachen unter den berühmten Teppich kehren. Hier, in dieser unzivilisierten Situation, hat der KSTA zu den Opfern gehalten und sich zu der Farbe der Wahrheit bekannt. Da haben die Kölner zusammen gehalten. Nur, wie der Autor beweist, dabei ist es dann geblieben. Leider betätigt sich der KSTA des Populismus, wenn z.B. über die AfD permanent negativ berichtet wird, über Trump wurde es sowieso.

Auch ist es evident, so Conen, dass die KSTA-Journalisten lieber über die Gefährdung der Pressefreiheit weltweit als über die Einschränkung der Meinungs-freiheit in Deutschland berichten. Liegt das etwa an der demonstrativ zur Schau gestellten guten Verbindung zur Politik? Ein paar Quellen zitiert der Autor, aber er schöpft aus seinem privaten, in vielen Jahren der treuen Leserschaft erworbenen, Archiv des KSTA.

Das ist interessant. Interessant ist auch der Umgang mit seinem Befund über die Wandlung von einer Zeitung zum Medien-Konzern und seiner wirtschaftlichen und politischen Kooperationen und den damit verbundenen Problemen für einen objektiven, freien und unabhängigen Journalismus, der eigentlich vom Grundgesetz, Artikel 5, als Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie garantiert wird, zumindest auf dem Papier. Am Schluss seiner absolut lesenswerten Untersuchung gibt Conen noch ein paar gute Tipps, wie man als Leser das „betreute Denken“ überwinden kann. Schon lange stellen kritische Nutzer von Medien aller Art, aber auch insbesondere von Zeitungen

immer wieder fest, wie der Umgang mit der Wahrheit zum Problem wird, wie Journalismus zum Tendenzbetrieb verkommt und wie sich Journalisten benutzen lassen, damit die 4. Gewalt die Macht über das Denken der Menschen gewinnt. Wie das geschieht und mit welchen Mitteln deckt Hermann Conen chronologisch und absolut nachvollziehbar am Beispiel des „Kölner Stadt-Anzeigers“ und des DuMont Medien-Konzerns auf.

Gibt es schon den Kölner Krimi? Der Autor hat fast schon ein Drehbuch geschrieben. Denn als pars pro toto, als Beispiel für diese branchenspezifischen regionalen „Verflechtungen“ in der rheinischen Medienwelt fungiert das Buch durchaus als Parallele zu der unrühmlichen internationalen politischen Einflussnahme auf die Nutzer. Im Kleinen wie im Großen.

Dr. Hermann Conen, geb. 1953, ist leidenschaftlicher KSTA-Leser und schreibt für Leser, er ist Musikwissenschaftler, Musiker und Musikpädagoge, der u.a. auch als Sänger und Gitarrist auftritt.



ISBN 978-3-7494-3973-7, 18,90 Euro

Buch-Tipp: Von dem Mut, den wir brauchen werden

VON HERMANN CONEN

Vor Jahrzehnten schrieb der englische Musiker Sting, in seinem Vorleben Geschichtslehrer, einen Song mit dem Titel „History will teach us nothing“. Der Titel markiert das eine Extrem des Lernens aus der Geschichte: Es gibt nichts daraus zu lernen. Dass diese fatale Konsequenz in Deutschland keine Anhänger hat, liegt auf der Hand. Aber was gibt es etwa aus der jüngeren deutschen Geschichte, aus den zwölf Jahren des Zivilisationsbruchs, für heute zu lernen? Ist nicht schon so gut wie alles dazu gesagt?

Es ist keine habilitierte und promovierte Historikerin aus dem großen Kreis der NS-Experten, sondern eine Lehrerin mit 40 Jahren Unterrichtserfahrung, die das hilfreichste Buch seit langem über das Lernen aus der moralischen Katastrophe geschrieben hat. Es heißt: Marita Lanfer: Säen bei Nacht. Der deutsche Widerstand als Auftrag zur Erziehung (2021)

Der Untertitel des Buches nennt schon den entscheidenden Zusammenhang des deutschen Widerstands mit der – angesichts der um sich greifenden Bildungsmisere – heute bitter notwendigen Erneuerung des Erziehungsauftrags. Denn die linksgrüne Diffamierung großer Teile des Widerstands als „undemokratisch“ hat den Blick auf die geistigen Quellen der Widerständler verstellt, Quellen, die ihnen die heroische Kraft gegeben haben, selbst im Angesicht des sicheren Todes ihren Überzeugungen treu zu bleiben. Uns Nachgeborenen, denen die „Gnade der späten Geburt“ zuteil wurde, steht es nicht zu, im Nachhinein besserwisserisch „antifaschistischen“ Gratismut zu heucheln und im Geheimen zu wissen, dass auch wir – sehr wahrscheinlich – versagt hätten. Uns allen, auch Linken, Grünen und dem sie unterstützenden Milieu von Politikern und Historikern ist die Demokratie in den Schoß gefallen. Wir haben

darum nicht kämpfen müssen.

Auf 467 Seiten incl. Literaturliste durchleuchtet Marita Lanfer Dutzende von Biographien und fördert in Texten und Briefen ergreifende Zeugnisse ihres festen moralischen Kompasses zutage, der durch keine Propaganda, keine Massenkundgebungen und Siegesmeldungen und den immensen Unterwerfungsdruck zu irritieren war. Die Autorin konzentriert sich dabei auf zwei Milieus, einmal auf die zur Beseitigung des verbrecherischen Regimes, zum Attentat bereiten Menschen, im wesentlichen aus der Wehrmacht, zum anderen auf die christlichen Bekenner wie Alfred Delp und Dietrich Bonhoeffer. Aus den mit dem jeweiligen historischen und persönlichen Kontext verbundenen Zeugnissen gehen die Quellen der Widerstandsfähigkeit in aller Klarheit hervor: die vorgelebten und an die Kinder weitergegebenen preußischen Tugenden

wie bewusste Pflichterfüllung in Verantwortung für die ihnen Anvertrauten, eine breite humanistische Bildung, von Liebe geprägter Familiensinn und über allem ein unerschütterliches Bekenntnis zur christlichen Religion.

Heute erscheinen Begriffe wie Bekenntnismut, Tugend, Pflichterfüllung und Familiensinn wie aus der Zeit gefallen, man muss sich vorsehen, sie in der Öffentlichkeit zu benutzen. Insbesondere die Gender-Ideologie zerstört die Familie, also den Ort, an dem die Weitergabe an die nächste Generation geschieht – oder eben nicht.

Eine Übermacht aus Politik, Medien, Bildungs-einrichtungen und Schulen hat sich „an der systematischen Aushöhlung dieser Werte und Institutionen“ beteiligt, wie Dieter Stein, Herausgeber der „Jungen Freiheit“, in seiner Vorstellung des Buches schreibt. „Umso schmerzlicher werden uns die

gesellschaftlichen Folgen dieses Verlustes bewusst.“

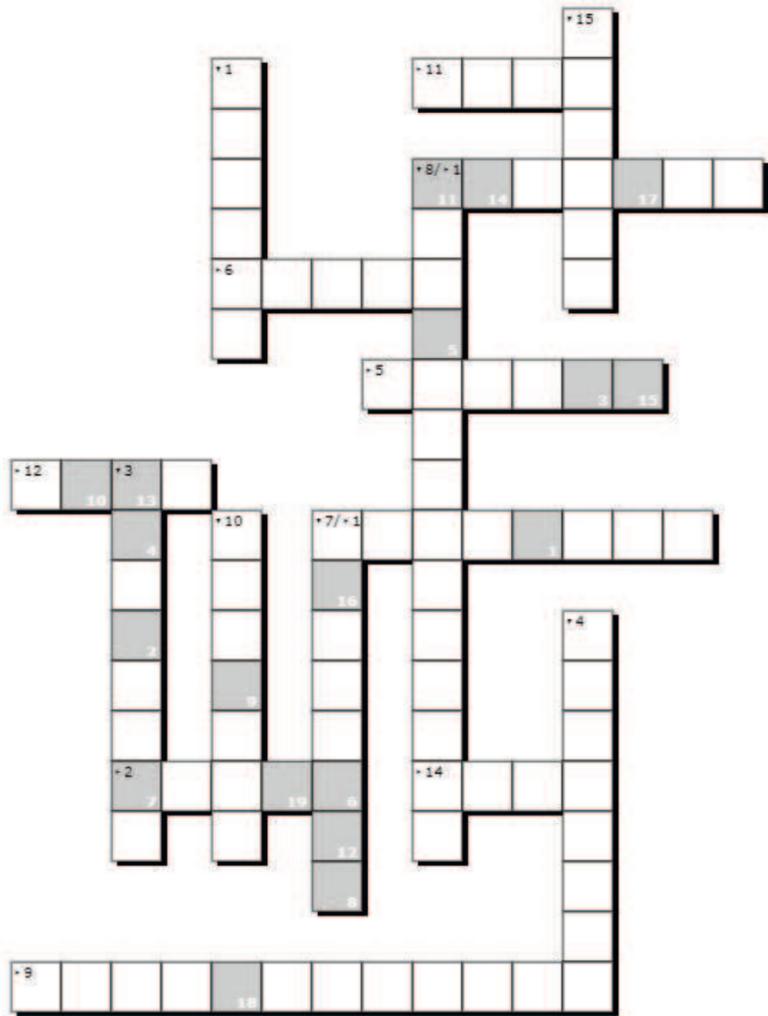
In der heutigen krisengeschüttelten Zeit werden wir etwas von dem Mut, den die Widerständler vorlebten, brauchen. In Marita Lanfers Buch kann man ihm begegnen.



ISBN 978-3-87336-724-1, 19,90 Euro

16 | Unterhaltung

Kreuzworträtsel



1. Bienenkrankheit
2. Korrupte EU-Vizepräsidentin
3. Korrupter europäischer Staatschef
4. Deutscher Finanzskandal
5. Ital. Ministerpräsidentin
6. Ungar. Ministerpräsident
7. Kürzl. verstorbener Papst
8. Schuldenaufnahme für die Bundeswehr
9. Pflanzennahrung in der Atmosphäre
10. Verbotene genmanipulierte Tiernahrung
11. Genmanipulierter Impfstoff
12. Eigentümer von Twitter
13. Zurückgetretene deutsche Familienministerin
14. Falschmeldung
15. Kinderbuchautor
16. Bekannte "Völkerrechtlerin"

1 2 3 4 5 6 7 8

9 10 11 12

13 14 15 16 17 18 19

Die Auflösung finden Sie auf Seite 14.

Erstellt mit XWords - dem kostenlosen Online-Kreuzworträtsel-Generator
<https://www.xwords-generator.de/de>

Sudoku

Das Ziel dieses Logik-Rätsels ist das große 9x9-Gitter mit den Ziffern 1 bis 9 so zu füllen, dass jede Ziffer sowohl in jeder der 9 3x3-Einheiten genau einmal vorkommt – und ebenso in jeder 9-er Zeile und 9-er Spalte (waagrecht und senkrecht) jede Ziffer nur einmal vorkommt.

Viel Spaß dabei.

	1				5			
	3		1			8	9	
8	4		6					
		6	9				8	
	7	2		3				5
					4	1		6
							1	
9	2		5				3	
7	8			4		5	6	

	9				2		3	
			5		3		7	
		3		7	8	4		9
9	1	8				5		7
			8					6
					1	8		3
3					9			
		4	2				9	
		9			6	3	5	

Nonsense-Gedicht

von Hermann Conen

Wir haben´s hoch und heilig uns geschworen:
 Wir wollen keine Löcher mehr in Wände bohren!
 Uns soll der Schweiß nicht rinnen mehr aus allen Poren!
 Wir waren hirnverbrannte Bohrmaschinen-Toren!

Das Bohren ist nun mal ein Arges für die Ohren
 Der Sinn für Ton und Klang ging uns beinah´ verloren
 Wir fanden es im Nachhinein unausgegoren
 Weil uns die Arme, Hände und zuoberst beide Ohren
 doch für viel Fein´res, ja Subtiles wurden auserkoren
 was Beifall findet selbst bei den gestrengen Alt-Juroren
 der sagenhaften meerumspülten Maledoren
 bis ganz hinauf zu den vermaledeiten Hoch-Azoren

Nun haben wir Autoren uns was Besseres erkoren:
 Wir bohren jetzt die Löcher in die Läppchen von den Ohren
 Und hängen winzig kleine Schilder dran wie einst im Mai die Mohren:
 „Das unverfror´ne Wand-Durchbohren ist nur was für reine Toren!“